

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

12.2.1930 (No. 42)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus 2.70 Mk. bei der Reichspost abgeholt. Nr. 2 60 durch die Post ohne Inhabergehalt Einzelnummer 10 Pfg. Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 21. auf den Monatszettel. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Belagen: Kunst u. Wissen, Frauenarbeiten, Blätter für den Familienhaushalt, Aus der nat. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Welt, Liebesbeilage, Maltrierter Wochenspiegel, Reichspost, Redaktion a. Verlag: Steinstr. 17-21, Karlsruhe, Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6230, Verlag 6237, Druckerei: Beobachter, Postfach 464

Anzeigenpreis: Die 10 gelbste 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenblatt 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg., die 3 Tage 87 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 60 Pfg., Rabatt nach Tarif. Bei Jahrgangsangeboten, monatlicher Einzahlung oder sonstiger Annahme der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr. — Erfüllungsort und Geschäftsstelle in Karlsruhe.

Nr. 42 (12 Seiten)

Karlsruhe, Mittwoch, den 12. Februar 1930

68. Jahrgang

Der Youngplan vor dem Reichstag

Der Reichsaußenminister eröffnet die Debatte — Scharfes Rededuell Hugenberg-Curtius
Das Zentrum besteht auf seine Forderungen!

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehört Nachruf auf den plötzlich verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Levi.

Auf der Tagesordnung stehen die fünf mit dem Youngplan zusammenhängenden Vorlagen: Der Gesetzentwurf über die Haager Verhandlungen, das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen, das Reichsbahngesetz, das Reichsbahngesetz, das Liquidationsgesetz.

Die Beratung wird eingeleitet durch Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Curtius

Der Minister erinnert an die Regierungserklärung vom Juli 1928, an deren Spitze die Befreiung der besetzten Gebiete, die befriedigende Regelung der Saarfrage und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage standen. Am Ende eines 14-jährigen Ringens steht fest der feste Räumungstermin und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastenentlastung mit sich bringt. Verhandlungen über die Saarfrage seien im Gange, die mit dem Ziele geführt würden, sobald wie möglich die restliche Rückgliederung des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen.

Der Minister gibt dann einen Rückblick auf die letzten Jahre deutscher Außenpolitik, in deren Vordergrund die Räumungsfrage stand. Andererseits wurde die Revision des Dawesplanes in Deutschland, je stärker sich der Druck seiner finanziellen und politischen Fesseln fühlbar machte, um so dringender gefordert. Die deutsche Regierung hat die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen über Reparationen und Räumung durchgesetzt.

Stresemann hat seine letzte Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Besondere Genugung bereite es ihm, daß das Ziel erreicht werden konnte, ohne daß es zur Einrichtung eines Kontrollorgans gegenüber dem Reichland gekommen wäre.

Mit der Bevölkerung des besetzten Gebietes fühlen alle verantwortlichen Politiker, daß der Tag der endgültigen Räumung ein denkwürdiger Augenblick ist, in dem schwere Befürchtungen und Sorgen vergangener Jahre ausgelöscht werden.

Auf der zweiten Haager Konferenz wurde das Werk Stresemanns fortgesetzt. Das sogenannte Sanctionssystem des Versailler Vertrages wurde beseitigt. Nach der neuen Regelung besteht die Garantie der Gläubigermächte in der von Deutschland unter eigener Verantwortung übernommenen feierlichen Verpflichtung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des Planes zu zahlen. Die Reparationskommission hat keine Funktionen mehr auszuüben. Die bei dieser Gelegenheit ausgetauschten Erklärungen beziehen sich auf den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan abschließen könnte. Sie stellen fest, daß die Gläubigermächte selbst im äußersten Falle nicht das Recht haben, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Erst nach einem für Deutschland ungünstigen Spruch der höchsten internationalen Instanz erhalten sie das Recht voller Handlungsfreiheit wieder, nachdem also auch Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat. Die deutsche Delegation hat den Austausch dieser Erklärungen für notwendig gehalten, um seine Unklarheit beseitigen zu lassen. Es ist nochmals festzustellen, daß das Versailler Sanctionssystem beseitigt und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist. Der Minister behandelt dann die bei den Haager Verhandlungen über den Youngplan gemachten Zugeständnisse.

Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten.

Einigen breiten Raum nehmen seine Ausführungen über die Liquidationsabkommen ein. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberflüssen hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliege die Freigabe leider großen Ausnahmen. Dem Bedauern, daß der Reichsrat namentlich wegen der Haltung Englands ausgeprochen habe, könne er sich nur anschließen. Er schließe sich aber weiter auch der Auffassung an, daß in der Verweigerung der Ratifizierung kein Vorteil liege. Der Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens, so fährt der Minister fort, sind in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in getreuer und unbegreiflicher Weise verfaßt worden. Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlussfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das Geringste zu tun haben. Man ist soweit gegangen zu sagen, daß dieses reine Abkommen die großen Fragen unterer Disziplin nachteilig beeinflusse. Nichts von alledem ist wahr. (Abg. Dr. Göttsch (NS.): Das glauben Sie ja selbst nicht! — Der Kaiser erhält einen Dednungsruf.)

Für den gegenüber Polen ausgesprochenen Bericht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden.

Namentlich für die deutsche Minderheit in Polen haben wir den Druck, der zehn Jahre nach dem Kriege auf ihr gelastet hat, erleichtert. Es ist richtig, daß wir eine finanzielle Belastung übernommen haben, sie hält sich aber im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im Entfernsten in Milliardenbeträge. Dieser angebliche Milliardenverzicht soll daher stammen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Erwidern immer und immer wieder schon betont worden, daß wir einen solchen Anbruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hätten. Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, hat den schweren Weg der deutschen Minderheit in Polen vergessen. 12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopfszahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erbverträgen sicherstellen können. Die Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weiter gekommen sind.

Der Minister bespricht dann die zweite Haager Konferenz. Es ist gelungen, bei der Regelung der oft geliebten Fragen Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren.

Die Reichsregierung ist sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt.

Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen. Für die Entscheidung über den neuen Plan ist einzig und allein maßgebend die Verantwortung der Frage, ob Besseres zu erreichen war und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeutet. Wird diese Frage im Sinne der Stellungnahme der Reichsregierung beantwortet, so muß sich damit der feste Entschluß verbinden, mit allen Kräften in ehrlichen Bemühungen die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Dr. Curtius erinnert daran, daß nach dem Londoner Zahlungsplan Deutschland mit einer Kapitalschuld von 132 Milliarden Goldmark belastet wurde. Die Kapitalschuld nach dem Youngplan betrage 34,5 Milliarden. Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Dawesplan um fast 500 Millionen niedriger. Hierbei sei der Wohlstandsbindex noch nicht eingerechnet. Die Schutzmaßnahmen des Dawesplanes hätten die in sie gesetzten Erwartungen nicht gerechtfertigt.

Der große Tag in Berlin

Dr. Sch. Berlin, 11 Febr. (Sig. Drahtber.)

Der Kampf um den Youngplan hat heute im Reichstag begonnen und die ersten Vorgesetzte sind ohne bemerkenswerte Ueberrassungen verlaufen. Das Haus stand wieder einmal im Zeichen eines großen Tages und schon lange vor Beginn der Plenarsitzung hatten sich im Reichstag und seiner nächsten Umgebung zahlreiche Regierende eingefunden.

Als die Sitzung eröffnet wurde, waren Publikums- und Pressefrauen überfüllt, dagegen fanden sich die Mehrzahl der Regierungsmitglieder erst nach und nach ein und auch die Reihen der Ländervertreter und der auswärtigen Diplomaten füllten sich nur langsam. Als der Reichsaußenminister mit seiner Rede begann, herrschte unter den Abgeordneten zuerst lebhafteste Bewegung, aber bald wieder war völlige Ruhe eingetreten. Ueber das hinaus, was Dr. Curtius bei verschiedenen Anlässen schon ausgeführt hatte enthielt seine Rede nichts wesentlich Neues. Der größere Teil der Ausführungen des Außenministers war der historischen Darstellung der Ereignisse gewidmet, die schließlich zu den Haager Vereinbarungen geführt und die Reichsaußenminister Dr. Curtius mit den im wesentlichen bekannten Argumentationen zugleich im Namen der Reichsregierung verteidigte. Die ruhigen, rein sachlichen Ausführungen gaben der Opposition wenig Gelegenheit zum Widerspruch. Man hörte hier und da Zwischenrufe, insbesondere als Dr. Curtius auf die Sanctionfrage und das polnische Abkommen zu sprechen kam. Ebensowenig aber erregte er aus den Reihen der Mehrheitsparteien leidenschaftlichen Beifall, ein Beweis, daß sich die Mehrheit, die dem Youngplan zweifellos zustimmen wird, der ganzen Schwere der Verantwortung bewußt ist und sie nur deshalb der neuen Reparationsregelung ihre Zustimmung geben wird, weil die neue Regelung mit allen ihren Mängeln dem Dawesplan gegenüber Vorteile aufweist. Das kam in den Ausführungen der Redner der Mehrheitsparteien immer wieder zum Ausdruck. Deutlich zeigte sich aber auch immer wieder, wieviel von der gemäßigten Seite noch erwartet werden muß, wenn der Zustand der völligen Gleichberechtigung der Völker und die restlose Liquidierung der

Nach dem Youngplan sei Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Das sei allein unserer würdig.

Alles in allem enthalte der Youngplan bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft als der Dawesplan. Hinzu komme, daß alle Pfänder, Kontrollen und ausländische Verwaltungsratsmitglieder fortfallen. Schließlich trete Deutschland in einer völlig veränderten politischen Lage den neuen Reparationsweg an. Es werde von fremder Belastung frei, befreit auch von der Willkür des Versailler Sanctionssystems. Der neue Plan beruhe auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder und erfordere daher die Zusammenarbeit aller dieser Länder.

Der Minister erklärt zum Schluß, daß ihm nichts ferner liege, als Schönfärberei, als eine Verfeinerung der Tragweite und Verantwortung der zu treffenden Entscheidung. Niemand denke daran, sich hier eines großen deutschen Erfolges zu rühmen. Die Bedenken würden aber doch von den Vorteilen der neuen Regelung übertroffen. Die Reichsregierung habe deshalb die Frage, ob das Interesse unseres Landes die Annahme der Verträge erfordere, mit einem ehrlichen Ja beantwortet. Sie erwarte zuversichtlich, daß sich der Reichstag zu der gleichen Antwort entschließen (Beifall bei den Regierungsparteien).

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Mit dem Youngplan wird ein neues Kapitel unserer Geschichte eingeleitet. Bei diesem Rückblick auf die Zeit seit dem Versailler Vertrag wird niemand leugnen können, daß der Weg vorwärts und aufwärts gegangen ist. Wir hegen an der Vollständigkeit und Endgültigkeit des Youngplanes sehr starke Zweifel, aber bei seiner Damesstranzfestigkeit hätten sich die schwersten Schäden für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft ergeben.

Vor allem darf nicht daran vorbeigegangen werden, daß der Youngplan uns die Rheinlandbefreiung bringt. Wir bedauern die Bestimmungen für den Fall einer Verletzung des Youngplanes. Wir müßten aufs schärfste dagegen protestieren, wenn daraus etwa das Recht einer neuen Rheinlandbesetzung hergeleitet werden soll.

Abg. Dr. Hugenberg (Dnl.)

tritt dann unter lauten höhnischen Rufen der Kommunisten an das Rednerpult. Er erinnert daran, daß er in seiner

Vergangenheit erreicht werden sollen. Jubel, das kann offen gesagt werden, besteht nirgendwo und nur die Zwangslage, in der sich Deutschland befindet, wird dem Youngplan zur Annahme verhelfen.

Eine kleine Sensation gab es während der Debatte, als im Laufe der Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid plötzlich der deutschnationalen Parteiführer Hugenberg als Diskussionsredner der Deutschnationalen genannt und sein Name in die Rednerliste eingetragen wurde. Man konnte mit Recht gespannt sein, was Hugenberg zu sagen hätte. Er enttäuschte keineswegs, er war nicht nur nicht imstande, die ablehnende Haltung seiner Partei sachlich und durchschlagend zu begründen, er verzichtete auch darauf positive Vorschläge zu machen, überhaupt zu sagen, was er und seine Partei wollen. Man hätte sich in dieser ersten Stunde einen anderen Führer einer Oppositionspartei am Rednerpult gewünscht, denn sachliche Opposition hätte ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlen können.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit des ganzen Hauses sprach dann für die Zentrumspartei der Abg. Dr. Brüning. Er nahm zu manchen Fragen Stellung, mit denen sich eigentlich hätte die Opposition angelegenlich beschäftigen müssen. Dr. Brüning wies nicht nur auf die Mängel der Abmachungen und Verträge hin, sondern behandelte auch in aller Offenheit die Fehler, die in den Beziehungen der Völker sich immer wieder störend bemerkbar machen. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Zentrumredners, soweit sie sich auf die innenpolitischen Forderungen aus dem Youngplan beziehen. Deutlich, als Dr. Brüning die Klärung über die künftige Finanzpolitik noch vor der dritten Lesung des Youngplans verlangte, kann die Auffassung des Zentrums nicht mehr umschrieben werden. Die anderen Parteien müssen heute ganz klar erkannt haben, daß eine Zustimmung des Zentrums zum Youngplan erst dann in Frage kommen kann, wenn die anderen Parteien auf die vom Zentrum verlangten finanzpolitischen Forderungen eingegangen sind.

letzen Reichstagsrede vor dem drohenden Aufruch ge-
warnt habe.

Bei diesen Worten entfiel große Unruhe im Saale. Von
links kommt ein Ruf: „Sie haben am Aufruch schon
verdient!“ Von den Deutschnationalen und Nationalsozia-
listen werden laute Schmährufe gegen links gerichtet. Prä-
sident Brüning wagt wegen eines solchen Rufes den Abg.
Stöhr (Nafsoz.) aus dem Saale. Der Rärm verstärkt sich.
Deutschnationale Abgeordnete verlangen in lauten Rufem
vom Präsidenten ein Einschreiten gegen links. Abg. Stra-
jer (Nafsoz.) wird aus dem Saale gemiesen. Abg. Wels
(Soz.) bekennt sich zu dem Ruf und erhält dafür einen Or-
dnungsruf, desgleichen Abg. Göl. Dann legt sich der Rärm
und Eugen berg kann seine Rede fortsetzen. Er erklärt,
daß der Entschluß, vor dem der Reichstag stehe, an die Da-
seinsgrundlagen des Volkes greife. Nicht nur seine Wohl-
fahrt und Gesundheit, sondern auch seine Freiheit und Ein-
heit ständen auf dem Spiele. Lardieu habe gerade jetzt
öffentlich erklärt, daß Frankreich ermächtigt sei, deutsche
Häfen und Gruben zu beschlagnahmen und das Rheinland
von neuem zu besetzen (Gört, Gört, rechts). Meine 10 Fra-
gen aus dem November sind sämtlich durch den Lauf der
Ereignisse zu Ungunsten des Youngplans beantwortet wor-
den. Auch Herr Schacht hat es vor der Geschichte für not-
wendig befunden, die Mitverantwortung für diesen Plan
feierlich abzulehnen. Die Forderung von Staat und Wirt-
schaft hat ersichtliche Formen angenommen. In aller
Offenheit organisiert die äußerste Linke den bewaffneten
Aufstand. Eine erfolgreiche deutsche Regierung kann nur
auf der Ablehnung dieses Paktes aufbauen sein.

Wer diesen Plan annimmt, ist ungeeignet, führend an
einer erfolgreichen deutschen Regierung der Zukunft mitzu-
wirken. Wenn er beschloffen ist, gibt es deutlich sichtbar nur
noch einen Weg der Rettung: nämlich auf der Grundlage
unseres Willens zur Freiheit und zur christlichen deutschen
Kultur in klarem Kampfe gegen den Marxismus Staat
und Wirtschaft neu aufzubauen (Wochen links). — Abg.
Stambfer Soz. erhält einen Ordnungsruf. Wir kämpfen
aus vaterländischer Überzeugung gegen den Youngplan.
Ein ehrliches Nein wird im Auslande besser verstanden und
gewertet als ein unehrliches Ja. (Beifall rechts.) Die Polen-
verträge bedeuten in ihrer Auswirkung die höchste Gefähr-
dung des deutschen Ostens und damit der deutschen Zukunft.
(Zustimmung rechts, Unruhe links.) Im Bewußtsein un-
serer Verantwortung und der Stärke unserer Stellung rich-
ten wir in letzter Stunde an die Parteien, die nicht an die
marxistische Erfüllungspolitik gekettet sind, nochmals die
Bitte, Bindungen abzulehnen, die fürchterlicher und gefähr-
licher sind als diejenigen von Versailles. (Stürmischer Beifall
und Händeklatschen rechts.)

Reichsaußenminister Dr. Curtius

Der Abg. Dr. Eugen berg hat an seine letzte Reichstags-
rede von 1923 erinnert. Ich kann wohl im Namen der über-
wältigenden Mehrheit des Hauses sagen: Dieser Aufruch
ist über uns gekommen wie ein namenloses Unglück. Er
war aber auch ein ungeheures Unrecht, das nur möglich ge-
wesen ist, weil der Versailler Vertrag die Anwendung des
Sanktionsystems in vollem Umfange ermöglichte. Abg.
Eugen berg hat damals keinen Weg zur Vermeidung des
Aufruches zeigen können. Er erklärt heute, der Young-
plan zerstöre die Freiheit und Einheit Deutschlands und die
deutsche Kultur.

Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen, als dem Köh-
rer der sogenannten nationalen Opposition machen,
daß Sie glauben, allein über Deutschlands Einheit,
Freiheit und Kultur befinden zu dürfen. (Großer
Lärm rechts.)

Ich war gespannt auf seine Rede, aber er hat nicht mit
einem Worte gesagt, was er tun würde an unserer
Stelle. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)
Er ist der letzte, der sich darüber beschweren darf, wenn Be-
stimmungen für den Fall einer böswilligen Zerreißung des
Planes eingefügt wurden. Seine Agitation hat erst dazu
geführt. (Großer Lärm und Rufe rechts: „Unerschöpflich!“
— „Unerschöpflich!“ — „Uvolut Frankreich!“ — „Franzosen-
freund!“) Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese Bestimmungen
Frankreich zu einer Wiederbesetzung des Rheinlandes
berechtigen könnten. Lardieu, ist falsch zitiert worden. Es

handelt sich bei Dr. Eugen bergs Zitate nicht um Äußerun-
gen Lardieus, sondern um Zeitungsmittelungen über
Äußerungen, die Lardieu angeblich vor seinen Parteifreun-
den gemacht haben soll.

Die Reichsregierung will dem Bismarck-Doct folgen:
„Die Ehre und Würde des Staates zu wahren, heißt, ihn
vor Krisen zu schützen, in denen er nach der Weltlage unter-
liegen würde.“ (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Graf zu Reventlow (Nafsoz.): Ich beantrage,
die Rede des Außenministers auf Staatskosten öffentlich an-
zuschlagen. (Lachen rechts.)

Präsident Brüning: Ein solcher Antrag müßte schriftlich
eingereicht werden. (Geistreiz.)

Abg. Dr. Brüning (Soz.)

Wir wehren uns gegen jeden Versuch, ohne eingehende
Durchberatung die vorliegenden Gesetzentwürfe durchzu-
setzen. Dem Dawesplan konnten wir freudiger zu-
stimmen als dem vorliegenden Youngplan. Da-
mals handelte es sich um die Sicherung unserer Währung
und man erhoffte allgemein von dem Vertragsabschluss eine
Ära der friedlichen Verständigung mit unseren ehemaligen
Gegnern. Diese Hoffnungen sind schmerzlich ent-
täuscht worden. (Lebhafte Zustimmung.) Von einem
Locarno geist war nichts zu spüren in so vielen
Äußerungen der Staatsmänner unserer Gegner. Wir mü-
ßen ein großes Ausmaß von Verständnislosigkeit
fest beobachten in der Presse unserer Gegner, namentlich
während der Haager Verhandlungen. Es klang so, als wollte
man das deutsche Volk nur zum Zahlungsaufwachen ohne
eigenes Lebensrecht machen. Die Zerreißungsklausel läßt
alles vermissen, was man Locarno geist nennen
könnte.

In der Saarfrage hat Frankreich durch seine Haltung
nicht den Glauben an seinen Verständigungswillen gestärkt.
Schmerzlich mußten wir feststellen, welche Schwierigkeiten
uns England in der Liquidationsfrage macht (Lebhafte Zu-
stimmung). Bei dieser Haltung der gegenwärtigen eng-
lischen Regierung hat sich nicht der Gedanke durchsetzen kön-
nen, daß der völkerrechtliche Schutz des Privateigentums im
Kriege gerade durch eine bessere Gestaltung der Liquida-
tionsverträge für die Zukunft sichergestellt sein müßte.
(Lebhafte Zustimmung.) Beim Polensabkommen haben wir
den Eindruck, daß Deutschland große finanzielle
Opfer an sich nimmt, um dagegen ideale Zugeständnisse
Polens einzutauschen.

Das Zentrum wird diesem Abkommen nicht zustim-
men können, bevor ihm im Ausschuss bestimmte
Auskünfte über einzelne Fragen gegeben sind.

Wir wünschen größere Sicherungen für die von Polen ge-
wachten Zugeständnisse. Wir wollen keine Zustimmung ge-
ben, die zu einem Genugtuung werden könnte für die Lösung
der noch immer offenen Probleme im Osten, im Sinne der
Vertraut und Gerechtigkeit. (Beifall im Zentrum.)

Wir können den Youngplangegeben unmöglich in dritter
Lesung zustimmen, wenn nicht vorher volle Klarheit
über die finanzielle Lage des Reiches und über
die finanziellen Konsequenzen des Young-
planes geschaffen ist, wenn nicht vorher die deutsche
Defizitlosigkeit darüber aufgeklärt ist und wenn nicht vorher
daraus die gezielten Konsequenzen gezogen sind. Da-
durch wird die Regierungskoalition nicht gefährdet, sondern
gestärkt. Wir glauben nicht, daß wir in der nächsten Zeit
großen Kapitalzuflüsse haben werden. Bleibt er aber aus,
dann wird die Arbeitslosigkeit noch größer werden. Es ist
jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo in Klarheit und Wahrheit

die Regierung dem Volke restlose Aufklärung über die
Finanzlage geben muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Thälmann (Komm.) bezeichnet den Youngplan
als einen Sklavenvertrag, dem die Kommunisten niemals
zustimmen würden.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (DVP.) legt zunächst
die grundsätzliche Einstellung seiner Partei zur Außenpolitik
der letzten Jahre dar. Die Deutsche Volkspartei erblicke in
dem vorliegenden Vertragswerk den Abschluß der zweiten
Nachkriegsperiode vom Herbst 1923 bis zum Beginn dieses
Jahres. Das Ziel der in dieser Zeit, insbesondere von dem
verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, verfolg-
ten Politik sei die Wiedergewinnung der territorialen Sou-
veränität gewesen. Für den Rhein sei dieses Ziel spätestens
Ende Juni erreicht und für die Saar sei es grundsätzlich in
absehbarer Zeit gesichert.

Es könne aber festgestellt werden, daß der neue Plan
immerhin ein erheblicher Fortschritt sei, der auch eine Sicher-
ung gegen Unmögliches und die Möglichkeit einer wirklichen
späteren Endlösung bringe.

Eugen berg gegenüber betonte der Redner, daß die deutsche
Außenpolitik nicht mit Volksversammlungen gemacht werden
könne. Der größte Patriot sei nicht derjenige, der den Mund
am weitesten aufreißt.

Abg. Dr. Redt (Wpt.) betont, seine Partei habe im-
mer die Verständigungspolitik grundsätzlich gebilligt. Sie
werde sich von dieser Politik auch für die Zukunft nicht ab-
wenden.

Abg. Dr. Bahersdorfer (Bayer. Wpt.)

Mit dem Youngplan wird die Reparationslast endlich nach
elf Jahren zahlenmäßig festgesetzt und damit der Versuch ge-
macht, einen Unsicherheitsfaktor aus unserer gesamten Politik
herauszubringen. Aber bei der schlimmsten Wirtschaftslage
Deutschlands ist auch diese Last viel zu schwer. In Ueberein-
stimmung mit dem Zentrum müssen wir fordern, daß vor der
Entscheidung über den Youngplan volle Klarheit über die
finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches geschaffen ist. Wir
müssen verlangen: Zunächst bindende Vereinbarungen über
die Gestaltung unserer zukünftigen Finanzgebahrung, und
dann erst eine endgültige Stellungnahme zum Youngplan.
Für mich als Rheinländer steht an der Spitze die Gewißheit
der endgültigen Befreiung des Rheinlandes von fremder Be-
setzung. Erst nach der Klärung kann die rheinische Bewöl-
kerung in voller Freiheit dem Gedanken der Verständigung
mit Frankreich hien.

Um 10 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf
Mittwoch 12 Uhr.

Für Anschluß Hessens an Baden-Württemberg

Darmstadt, 11. Febr. Die Christlichen Gewerkschaften
Hessens haben in einer Sitzung in Darmstadt beschlossen, dem
Beisatz der badischen und württembergischen Gewerkschaften
auf Vereinheitlichung der beiden Bände zu folgen und Zu-
sammenschlußbestrebungen Hessens mit Baden und Württem-
berg in die Wege zu leiten. Einem Anschluß an Preußen
steht man in den Kreisen der Christlichen Gewerkschafts-
bundes nicht sehr freundlich gegenüber.

Schwerer Autobusunfall in Berlin

Berlin, 11. Febr. Heute nachmittag fuhr in der Müller-
straße im Norden der Stadt ein Autobus, dessen Führer
bei einem plötzlichen Ausweichen vor einem den Weg kreuzenden
Radfahrer die Gewalt über den Wagen verloren hatte, in
die große Schaufensterstraße einer Geschäftshaus. Der
Autobus wurde schwer beschädigt. 14 Personen erlitten
Verletzungen, darunter das Personal des Wagens und der
Inhaber der Geschäftshaus. Ein Teil der Verletzten konnte
nach Anlegung von Notverbanden nach Hause entlassen wer-
den, während sechs von ihnen zunächst in das Virchow-Kran-
kenhaus gebracht werden mußten, später aber in ihre Woh-
nungen transportiert werden konnten.

(Weitere politische Meldungen siehe Seite 11.)

Im Banne der Turbine

Roman von A. Schöneberg.

(Copyright 1929 by Verlag Bechtold, Braunschweig.)

Loulou sollte den Reisenden nicht lange beherbergen. Nur
bis zum Abgang des nächsten Nibiruzuges, ab Loulou 17,12
Uhr. Der Zug war fast leer. Es war keine Nibiruzugzeit.
Heinz Weidenau atmete erleichtert auf, als er ein menschen-
leeres Abteil fand.

Es wurde Abend, es wurde Nacht! Naflos donnerie der
Zug über die glänzenden Schienenwege dahin. Gannes blieb
im Dunkeln zurück. Naflos kam und ging. Das Lichtmeer
von Monte brachte den letzten Halt vor der italienischen
Grenze. Es fiel niemand auf, daß seit dieser Station der
einsame Reisende verschwunden war. Niemand bemerkte auf
der Station den Schatten, der sich auf der Rückseite des Zuges
entlangspirichte, am letzten Wagen die Trittschufen zum Brem-
serhäuschen hinaufschufte und sich platt dem Wagendache an-
schmiegte.

Ventimiglia kam, die erste italienische Station, und brachte
scharfe Passkontrolle und Revision. Das Einvernehmen beider
Länder war nicht das freundschaftliche, wie es sich regierende
Männer mit den Ausdrücken vorzüglichster Hochachtung ge-
genseitig zu versichern liebten.

Der Mann auf dem Wagendache hatte keinen Pass nötig.
Der letzte Wagen stand im Dunkel, und sein blinder Passa-
gier legte wenig Wert auf öffentliche Sanktionierung. Nach
hier gab es Wege, die hinten herum zum Ziele führten.
Der heimliche Reisende fand einen solchen, und Heinz
Weidenau war dem Tode entronnen.

*
Tranquillo und tief schlief der dem Leben wiedergegebene
Mann in den Tag hinein. Noch in der Nacht hatte er eine
einfache Omelette aufgefressen, und in einem Mantelkissen
ein hübsches Nachtquartier gefunden. Ermüdend sprang er
rauf auf die Hüfte, wusch sich unter ausgiebiger Verwendung
frischen Brunnenwassers, zog sich an, und dann galt sein erster
Blick dem Himmel über sich und dem fließenden Erde um sich.
Da war wunderbar blauer Himmel. Da war nicht minder
tiefblaues Wasser. Nibiruz! Südländisches Meer! Eine

weiße, breite Straße schwang sich am Wasser entlang. Auto-
mobile flühten darüber. Da war Leben und Bewegung. Da
war Freiheit!

Und die Freiheit gehörte auch ihm. Heiß! Die Welt
stand offen! Die weiße Welt. Die schöne Welt!

Von Westen herüber grüßten wie rotes, blaues, gelbes,
weißes Farbenspiel die Hüterchen von Ventimiglia. Da
oben, nach Norden zu, irgendwo in der schönen, weiten,
sonnensimmernden Welt, lag Deutschland, die Heimat!
Dorthin ging es unbedingt. Das Geld langte noch für die
Reise in der geringsten Wagenklasse und zu billigen Betten.
Und wenn es sein mußte, schlief er bei den Bauern im Stall
oder auf dem Heuboden.

Vielleicht auch, weil er dabei war, fuhr er auch bei Fiat in
Simpato bei Turin vorbei. Das riesige Automobilwerk an
der Via Nizza, in dem 2000 Menschen Lohn und Brot fan-
den, war schon des Sehens wert. Und dann hatte er schon
immer den stillen Wunsch gehegt, einmal auf der Fialeinfahr-
bahn auf dem Dach des vierstöckigen Fabrikgebäudes herum-
zufahren, mit 90-Kilometer-Geschwindigkeit in den Geraden
einen Blick hinauszumwerfen in das weite, sonnige Land, in
den Kurven hinein in die von Mauern starrenden, von Glas
funkelnden Lichtschächte des Gebäudes.

Fiat! Es werde! Das war von jeher auch sein Wahl-
spruch gewesen. Das „Fiat“ würde auch von nun an wieder
über seinem Leben stehen.

Ach ja, das Leben war wirklich schön und wert, gelebt zu
werden! Selbst, wenn es mal weniger erfreuliche Zwischen-
akte gab.

Weidenau warf einen Blick in den Spiegel und erschraf
vor sich selbst. Ein hageres Gesicht unter militärisch kurzge-
schneittenem Scheitelhaar schaute ihm aus dem stoffbedeckten
Glas entgegen. Entsetzt hatte er in den letzten Wochen
nachgelassen. Tiefe Furchen in den Zügen redeten eine deut-
liche Sprache von Unbill und Horn. Nein, wer so aussah, der
hatte keine Zeit, bei Fiat Gebäude und Einrichtungen zu be-
stauen oder Wagen einzufahren, der mußte heim, heim,
heim! Dar mußte er bezahlen, was man an ihm getan.

Das häßliche Grinsen des Betrügers tauchte vor seinem
geistigen Auge auf. — Der Hund, der verfluchte Hund!
faulste Weidenau in der Erinnerung und stärker als in den
letzten Tagen schüttelte ihn das klare Bewußtsein, vor der
Verurteilung gestanden zu haben.

„Erwürgen will ich ihn, mit meinen Händen erwürgen.“

dasche der Mann mit zitterndem Ingrimm, „und das ver-
dächtige, verlogene Weib dazu. Mir hat es sich verböden
auf Leben und Lob, und dem anderen an den Hals gedort,
das betrügerische Weib!“

Einmal — vor grauen Zeiten — hatte er dieses Weib
geliebt. Wie lange war es Jahre her? Waren es Jahre?
Jahrzehnte? — Das Erleben der jüngsten Vergangenheit
drückte so schwer, daß Weidenau sich wie ein Mensch aus
grauer Urzeit vorfand, der nach taufendjährigen Schlaf zum
Leben erwacht. Die Liebe, die in seinem Herzen gegliht hatte,
war erstorben, und nur der Saß war geblieben. Und das
zafende Verlangen nach Rache. Rache!

Nedenschäft fordern wollte er, und wenn es sein Unter-
gang sein sollte. —

Als Weidenau zwei Tage später durch das Rheintal fuhr,
lachte dort die herbstliche Traubenjonne. Nach einem ver-
regneten Sommer war es auch hier Licht geworden. Als er
in die weidneren Berge kam, wurde es dem Heimgekehrten
zu eng im Zug. Er stieg aus und wanderte zu Fuß den
Strom hinunter, ohne Zweck und Ziel, ohne zu wissen, wo ihn
ein Nachtlager erwartete, oder wo sein Weg enden würde.

Die Weidner hatte begonnen, und es war unglaublich
lustig am Rhein.

Die Weidner, auf deren Schultern der Druck der
Armut schwer gelagert, lachten in der freudigen Erwartung
einer neuen Ernte, und meistens waren es Wingerinnen, die
dem Wanderer frohen Gruß und Lachen boten, lustige, jugend-
frohe Mädels, mit weichen, rheinischen Gesichtern, bei deren
Anblick man unmöglich ernst und verbittert bleiben konnte.
Und es dauerte nur Stunden, da stand in den Hügen des
ersten Mannes das erste Lachen.

Und mitten in dem hastigen Getriebe der Verkehrswege,
wo auf den Straßenbändern rechts und links des Stromes
ununterbrochen die Rastzüge vorbeidrummten und -sum-
mten, wo auf den gläsernen Schienenstrahlen Zug auf Zug
vorbeiratterte, wo die Schiffe schwer beladen talauf keuchten
und den Strom bis in sein Grundbett aufwühlten — mitten
in diesem Getriebe kam die Ruhe über den gequälten Mann,
verlor sich alle Härte und Bitternis auf der Brust. Iste sich
auf in dem einen Wort: Heimat! Verfant in der frohmach-
enden Zukunftsgewißheit, jung, stark und gesund an die Arbeit
zu kommen, mißschaffen zu dürfen als kleines Nädchen in die-
sem großen laulenden, schwingenden Gesenge.

(Fortsetzung folgt.)

Lebensaufgaben der katholischen Presse

Von Univ.-Prof. Dr. Emil Dovifat, Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, Berlin

Der vorstehend geleiteten Zeitschrift: „Das Neue Reich“ (Nummer 19) entnehmen wir folgenden Artikel, der weitestgehende Beachtung verdient.

Die Politik der Nachrichtenwahl — die schließlich doch nur von denen abgelehnt werden kann, die ihre publizistische Informationspflicht rein doktrinar nehmen — zeigt auch den Weg zu planmäßiger Führung der Masse im Geiste bestimmter Grundsätze. Ebenso wie die Massenpresse irgend einen schmutzigen Sensationstyp des Tages möglich vergrößert, indem sie ihm all ihre Spalten widmet, ebenso kann sie den Fall herausarbeiten, der wertvoll und wichtig für die Führung der Masse in geistig bestimmter Richtung ist. (Die Geschichte der Presse im Kriege, vor allem in England und Amerika, erbringt dafür Beweise von unheimlicher Ueberzeugungskraft.) Voraussetzung dieser Form der Massenführung ist das sie der Massenpresse natürlich bleibt, das heißt, daß der Führer aus der Masse heraus Marschart und Marschrichtung bestimmt und sich nicht sichtbar an die Spitze stellt, nicht Autorität fordert, ehe seine Sache sie erzwingt, nicht ruft, ehe er gerufen wird. Sein Mittel ist immer die Nachricht, das Ereignis, die Sensation.

Ja keine Predigt in Artikeln: In der Auswahl der Nachricht, ihrer Struktur, ihrer Fassung soll die weltanschauliche Grundrichtung liegen.

Was jedem Fachkundigen als Wesen der sogenannten „Nachrichtenpolitik“ längst bekannt ist, hat hier auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens und ganz besonders auch des allgemein menschlichen Interesses in der Alltagsarbeit derart Anwendung zu finden, daß der sensationelle Wert des Dargebotenen keineswegs erlischt, sondern gerade durch die aus weltanschaulichen Gründen betonte Herausarbeitung bestimmter Tatsachen nach dem Geiz der Wiederholung eine doppelt lewerbende Kraft erhält. „Humanität les chofes“, sagt der französische Sensationsjournalismus. In einer übersteigerten, oft mit bewußter Fälschung verquideten Form leben wir Ähnliches heute bei manchen kommunistischen oder radikalnationalistischen Blättern, die jedem Ereignis gleichsam Klassenkämpferisch oder antilemisch nachgehen und hier skrupellos an alle Instinkte appellieren. Durch die allzu deutlich hervorgehobene Absicht aber bestimmen sie eine Massenleserschaft. Umso geschickter arbeitet zum Beispiel eines der am meisten in den Berliner Arbeitsbezirken gelieferten Straßenverkaufsblätter, das zweifellos kommunistisch ist, aber seine Meinung nur nachrichtenspolitisch vorträgt. Es ist in kürzester Zeit zu einer Auflage von über 200 000 gekommen („Die Welt am Abend“). In diese planmäßige Nachrichtenwahl und -Anordnung kann mit größter Wirkung auch ein scharfer und rücksichtsloser Kampf verweben werden. Für Kampf haben die Massen immer Interesse, wenn er nicht doktrinar, sondern Schlag um Schlag in unmittelbarer Fühlung mit dem Ereignis geführt wird. Eine wirkliche und packende Polemik dieser Art wirkt viel mehr, als alle autorisiertere Lehrhaftigkeit. Kommt dann nun noch die vielfältige Dienstbereitschaft der Massenpresse für die Leserschaft, ihre enge Anpassung an die nüchterne Wirklichkeit des Lebens, der rhythmische und ständige Zusammenklang mit den Ereignissen des Alltags, vor allem unter Ausnutzung der anziehenden Kraft des Bildes hinzu, so festelt sie unbedingt mehr Menschen an sich und ihre Meinung, als das die qualitativ stärkste Publizistik fertig bringt. Sie hat dann, nach den natürlichen Gegebenen der Zeitungsarbeit, auch bald den Wirtschaftserfolg für sich. Nicht die noch so radikal herausgearbeitete Meinung eines Blattes verdirbt das Angelegengeschäft, sondern nur der auf Grund falscher und unvollständlicher Meinungsarbeit beschränkte Leserkreis.

Wo aber steht der Sensationsstoff der katholischen Presse? Er ist ebenso reich vorhanden, wie der Sensationsstoff der heutigen Massenpresse. Es ist derselbe Sensationsstoff! Nur vom andern Pole des Lebens aus betrachtet. Die Voraussetzung, ihn für eine in Angriff und Abwehr gleich schlagkräftige katholische Massenpresse zu nutzen, ist freilich, daß diese Presse die Dinge beim Namen nennt, sie in ganzer Breite darstellt und sie zum Gegenstand eingehender Reporterarbeit macht. Man kann die Mißstände des heutigen öffentlichen Lebens längst nicht mehr bekämpfen, indem man sie angstvoll umschreibt oder totschweigt, sondern indem man sie ganz erkundet und entblößt an den Branger stellt. Was ist das nicht alles zu tun! Eine Fülle von Stoff dieser Art bietet jede Großstadt, bietet eine leichte und oberflächliche Literatur, bietet die Verumpfung von Film und Theater, bietet das riesige und unerlöschliche Gebiet des sozialen Lebens und sein Geanlag, das inobitische, leerenlose Vegetieren bestimmter Gesellschaftsschichten. Hier kämpft heute schon die katholische Presse mit Unfähigkeit und Mut, aber meist mit dem falschen Mittel. Ruhig und lehrhaft, statt vollständig hinreichend, doktrinar, abstrakt, statt nachrichtensmäßig belegt in aktiver Abwehr.

Nirgends werden führende Grundsätze oft so weltsehn entwickelt und begründet als in katholischen Netzen.

Nun werden allerdings gerade die wertvollen Träger des katholischen Gedankens sich an diese sensationelle Form, an die unerlöschliche Abwehr gewöhnen müssen. Sie, die „Stillen im Lande“, zu denen auch weite Kreise der Geistlichkeit zu rechnen sind, werden sogar diese Form ablehnen, vielleicht sie sogar bekämpfen. Viel Aufklärungsarbeit wird nötig sein, ehe sie gewonnen sind. Auch gegen Brüderie wird anzugehen sein. Nur im Studium des Aufbaues und der Wirkung der Methode des Gegners können die Widerstrebenden gewonnen werden. Allzu große Zimperlichkeit ist hier durchaus unangebracht. Will die katholische Massenpresse mit der neutralen oder negativ gerichteten Massenpresse ernsthaft den Wettbewerb aufnehmen, so wird sie auch im Angelegengeschäft anpacken müssen. Sie kommt sonst nie zu der wirtschaftlichen, aus dem eigenen Zeitungsorganismus gewonnenen Leistungsfähigkeit, die sie für die geistige Schlagkraft braucht. Daß dabei natürlich Grenzen zu beachten sind, braucht wohl nicht befürchtet zu werden. Entscheidend für die Entwicklung dieser katholischen Massenpresse ist der publizistische Führer. Die ältere Generation der katholischen Publizistik kam aus der Geistlichkeit und aus dem Lehrentum. In der öffentlichen, meinungsmaßgebenden Vertretung der katholischen Grundsätze, vor allem in den Kulturkampfjahren, hat sie entscheidend mitgearbeitet. Auch in der Massenführung — soweit sie da-

mals auf dem Wege der Zeitung möglich war — erreichte sie vieles.

Die heutige Zeit erfordert für die publizistische Führung einen anderen Typ. Die jüngere Generation der katholischen Zeitungsleute ist leider nicht reich an Führern, die den modernen Aufgaben gerecht werden. Das hat seine Gründe. Wer die publizistischen Persönlichkeiten entwickeln will, der lasse sie gewähren. Nicht umsonst haben — seit Joseph Görres — alle führenden Publizisten sich gegen jede Gängelung gewehrt. Auch die journalistische Arbeit im Tageskampf erfordert Individualität, gerade weil sie kollektive Wirkungen erzeugen soll. Der katholischen Presse wird zuviel dreingeredet. Durch verschiedene mehr oder weniger berufene Instanzen, durch Parteigrößen, durch Verbände. Und gerade diese letztgenannte Fühlung ist zweischneidig. Vielleicht ist es für die Massenpresse besser, sie zu lösen. Sind die Hilfsstellungen, die die Presse dort sucht, wirklich so fördernd und sichernd? Kann man nicht darauf verzichten? Ist es nicht besser, jeden Treibhauseisen auszulöschen? Ich fürchte, man zieht sonst nur ein journalistisches Beamtentum groß, das zwar willfährig ist, aber auch unerschöpflich bleibt und ohne Führerbegabung dasteht. Wenn die liberale Presse heute zweifellos die besten Federn besitzt, so liegt das nicht zuletzt daran, daß man hier dem Individuum die größte persönliche Auswirkung gestattet und die geringste persönliche Bindung auferlegt.

Neben die bewußte Pflege der publizistisch führenden Persönlichkeit sollte auch eine stärkere Konzentration in wirtschaftlichen Dingen auftreten. (Sie ist aus innerer Notwendig-

keit übrigens längst im Gange.) Erforderlich ist dabei, daß die geistige, individuelle Führung die Hauptrolle bleibt. Wohin das Gegenteil, die schrankenlose Anbetung der Organisation, des „Apparates“ führt, zeigt in Deutschland klar genug der „Eugenberg-Konzern“, der aus der unheimlichen Schwerkraft einer ungeistigen und unbefleckten mit nur materiellen Methoden aufgebauten Organisation heraus sich in der Entwicklung seiner Zeitungen heute ganz von selbst gegen die Grundsätze wendet, die sein Chef als höchste Parteiziele verkündet. Man beachte die Wirkung der im Eugenberg-Konzern erscheinenden Sensations- und Massenblätter. Trotz ihrer deutschnationalen, also programmäßig christlich-konzervativen Grundrichtung sind sie den Masseninstinkten ebenso unterworfen, wie es die linksbürgerlich gerichtete Presse ist. (Der gleiche Nihilismus, hier wie dort.) Die geistige Führung fehlt. Die wirtschaftliche Organisation samt ihrem materiellen Erfolgstreben zieht als unheimbares Schwerkewicht abwärts.

So gilt das prächtige Wort Kardinal Raccellis, des früheren Berliner Nuntius:

„Die Presse spiegelt nicht nur Zustände, sie kann sich auch mit ihnen auseinandersetzen. Sie kann Fälle sittlicher Verderbnis so ins Volk werfen, daß Lausende dadurch vergiftet werden, sie kann sie aber auch so geben, daß das Volk vor schweren Schäden bewahrt wird. Sie vermag den Völkern Führer zu werden auf den steilen Höhenpfaden sittlichen Aufstiegs, aber auch Wegbereiterin des Niederganges, ja, des Unterganges.“

Die katholische Presse muß, soll sie in diesem Sinne Führerin sittlichen Aufstiegs sein, Massenpresse werden. Sie darf sich nicht bei ihrer innergemeindlichen Bindung begnügen. Sie muß eine Erfolgsgeschichte aufweisen, die weit über die Gemeinde der Treuen hinausgreift, die ihr heute folgt. Sie muß die Aufmerksamkeit der Massen wecken und fesseln, um sie dadurch zu lenken. Was gewissen Propagandisten und Kurverdienern, was engstirnigen Maulhelden und Söldlingen niedrigster Instinkte so beipfeiflos gut gelungen ist, muß auch ihr gelingen und der Kraft und Wärme des Gedankens, für den sie kämpft.

Zeit-ung und Erwägung muß sie miteinander verflechten.

*) Wer daran zweifelt, lese einen Briefwechsel zwischen dem Chefredakteur der Eugenbergschen „Nachtausgabe“ und dem jüngst aus der deutschnationalen Partei ausgestiegenen positiv evangelischen Abgeordneten D. Rumm.

Jagd auf Hai

Nach Aufzeichnungen eines alten Missionars M. S. C.

Mehr als 30 Jahre verbrachte ich im Dienste der katholischen Mission auf vielen weitverstreuten Inseln des unendlichen Großen Ozeans. Dort verzehrte sich die Vollkraft meines Lebens. Heute, nur mehr ein alter Veteran im stillen Winkel eines Missionshauses der Heimat, sind es die Erinnerungen und die Sehnsucht, die tausendfache Fäden nach meinem ehemaligen tropischen Wirkungskreis ausziehen. Oft, ehe ich mich verhele, ist es bei Tag oder Nacht, glaub ich mich inmitten meiner Gilbertinuler verweilt, plaudere, scherze, schimpfe, bete mit den einfältigen schwarzen Sorgenkindern. Wo ich noch war es dort am Strand des ungeheuren Weltmeeres; undurchdringlich in die Ferne und in die Tiefe! Darüber in wechselnder Pracht die Licht- und Farben spendende Äquatorialsonne. Man spreche nicht von einem einfüßigen Meere! Gewiß unheimlich ruhig und glatt konnte sich die Wasserfläche ausbreiten, aber welch ungeheuren Formenreichthum bot die gleiche See, wenn der Sturm nahte, der Orkan losbrach und die Wogenberge gegen den Strand stürzten.

Einen ganz eigenartigen Reiz hatte für mich immer eine Kanufahrt bei glühender Morgenröte und nur sanft bewegter See, denn dann kam ich auch mit der so mannigfachen Tierwelt in Berührung. Wir Inselbewohner haben ja meist eine gar düstige Vorstellung vom Leben des Meeres. Und doch lebt darin weit mehr als auf dem Festlande; und gerade am Strande ist seine Fülle erstaunlich. Sie ist auch mit eine Grundbedingung von der verhältnismäßig dichten Bevölkerung der schmalen Inseln, die zum größten Teil von der Lebewelt des Meeres sich nähren. Es ist darum nicht verwunderlich, daß jeder Gilbertinuler als ein geborener Fischer angesehen werden kann. Schon die kleinen Knirps krabbeln am Strande und spähen nach Beute: Muscheln, Krebse und Fischlein aller Art, die von der Ebbe hier in Trümpel zurückgelassen werden. Auch die Weiber verheizen es ganz vorzüglich mit Netzen zu fischen. Natürlich die Jagd auf „Großwilde“ kommt den Männern zu. Freilich nicht jeder Gilbertinuler ist auch ein Meister in diesem Fach. Die Helden der Fischerei, deren Name in aller Mund ist, das sind jene, die mit bewundernswertem Geschick die oft gefährliche Bezwingung der Seeungeheuer leisten. Sie sind im Besitz der eigentlichen tiefen Fischereigeheimnisse, die sie sorgsam hüten und ihren Söhnen weiter vererben. Hat man das Glück, wie ich der Vertraute eines solchen Fischereimeisters zu sein, dann kann man allerdings unter strengsten Rauteln ins eine oder andere der Geheimnisse eingeweiht werden. Wenn ich nun einiges von Haifischfang erzähle, so glaube ich die eingegangenen Bindungen nicht zu brechen. Weder meine noch der Leser Konkurrenz braucht mein lieber Gilbertfreund zu fürchten.

„Makomai, te Tari No, ti na sapakoo“ (kommt Bruder Johann, zum Haifischfang) rief mehr wie einmal mein Freund Na Kaia in aller Herrgottsfrüh vor meiner Hütte. Es durchsuchte mich immer mit eigenem Reize, wenn ich so aufgefordert wurde und jedes Mal mußte ich wohl oder übel aufs Meer hinausziehen. Wundervoll wohnig gleitet das Kanu durchs fädelnde Spiel der noch leicht schimmernden Wellen. Auf einmal fährt es wie ein Rud durch meine Glieder. Mein schwarzer Begleiter, sonst ein heifer Alter, war unruhig geworden. Still legt er sein Köpfchen neben sich, das Auge unerwandt auf einen dunklen Punkt noch weit draußen auf der Meeresfläche gerichtet. Er schnellt empor, duckt sich gleich wieder, neigt sich zu mir und flüstert: Te pafaa (ein Hai)! Wir mußten das um solche Morgenstunde bei derart strahlender Witterung bei diesem leichten Wellenrauseln das Meeresspiel der oberen Schichten des Wassers und die Nähe der Rüste aussuchen. Darum hatten

wir uns auch auf eine Begegnung gefaßt. Angel, Knüttel und Messer (diese wirklich nicht vom Kinderpielzeugformat) lagen bereit. Der Alte hat dem Kanu eine kräftige Wendung gegeben und wir segeln scharf auf den Punkt zu. Nun sind wir in seiner Nähe. Deutlich hebt sich die Flosse des Haies vom Wasser ab. Wir stoppen, prüfend wägen wir ab, ob der Kerl des Fanges wert ist, oder ob es doch vielleicht nicht geratener wäre, schließlich friedlich in weitem Bogen vor seiner furchtbaren Grandezza die Pfade der Klugheit heimwärts zu segeln. Nun drei bis vier Meter Länge mag er wohl haben. Mit dem nehmen wir's auf. Sorgram wird unterjocht, ob der Köder — ein totes Käblein — fischförmig an der Angel sitzt, dann wird sie ausgeworfen. Das ganze Sinnespiel scheint sich nunmehr auf Aug und Hand zu konzentrieren, das eine sieht nur die Flosse des Haies und die Hand fühlt bloß noch das lockere Gewicht der Leine. Da, die Leine gleitet durch meine Finger, der Hai hat angebissen. Nun beginnt erft das Ringen. Ich überlasse die Schür der dem Alten, während ich das Segel einz ziehe. Dann greif ich nach dem Knüttel. Der Alte ist ganz mit seiner Beute beschäftigt, bald zieht er die Leine, bald läßt er nach und gibt seinen Gedanken lauten Ausdruck: „Te mane teuare, korof, tai mafu, (ah da schau, ein Bruchstück, komm zu mir, sei nicht bange)“. Immer näher wird das Ungeheuer ans Kanu gebracht. Nun kommt ein kritischer Moment, spießt vielleicht der Hai untern Ausleger auf, ein Schlag mit seinem Schwanz und wir lägen im Wasser, also aufgepaßt! Ich fasse fest meinen Knüttel und stoße ihn kräftig in seinen Rücken, dann einen wuchtigen Hieb auf seine Schnauze. Indes lodert der Alte ein wenig die Leine, das Tier macht eine wütende Bewegung, lacht unterautouhen und auszureißen. Doch muß es bald gewahren, daß es am Seil eines Renkers ist, der sich auf sein Handwerk versteht. Drei- oder viermal der gleiche Vorgang und das Tier ist matt gemacht, doch noch nicht tot und immer noch zu fürchten. Ein wuchtiger Stoß mit dem Messer in den Schwanz und die gefährliche Schwanzflosse ist außer Kampf gesetzt. Noch einige Hiebe auf die Schnauze und wir können ihn ans Kanu binden oder, falls er nicht zu schwer ist, an Bord nehmen. So, wie nun das Pfeisfischen schmeckt!

Aber was anfangen mit dem toten Hai? Warte nur, kaum sind wir an Land, beginnt die Arbeit des Ausweidens und da kannst du sehen, daß beinahe alles vom Tiere seine Verwendung findet. Das Fleisch gilt als Delikatessje. Mich persönlich aber bitte zu dispensieren. Ich weiß nicht warum, aber schon der Geruch desselben löst in mir unliebe Gefühle aus. Und da bin ich feinfühlig auch beim dicksten Katarth. Die Flossen werden an der Sonne getrocknet und dann an die Chinesen verkauft, die daraus die feinsten Lederbissen zu bereiten wissen. Sonst ist ihre Verwendung in der Leimfabrikation bekannt. Wenn du einmal Schmiergelbpapier benötigst, nimm statt dessen ein Stückchen von der Haifischhaut und du wirst ameisellos damit zufrieden sein. Daß sie präpariert wird und auf den Markt als Chagrin kommt, ist bekannt. Von ganz besonderer Güte ist das Del, das man aus der Leber des Fisches gewinnt. Wenn es nur nicht so verdächtig räche! Ausschließlich lokale Verwendung finden die Zähne zu Bekehrungszwecken im Kampfe. Diese Gilbertiner mußten einmal ein kampflustiges Böfchen gewesen sein, da jetzt noch feisende Weiber sich mit Stöcken bekriegen, die mit Haifischzähnen besetzt sind. Und gerade jetzt haben sich zu ein paar bekannte Amazonen unterm Strandbly. Komm, was immer sie auch im Schilde führen, Kriege oder Frieden, wir räumen das Feld. Uebriqens warret meiner auf der Missionsstation die Arbeit des Alltags.

Baden

Zum Befinden Dr. Schofers

geht zurzeit eine etwas veraltete Notiz durch die Blätter. Eine Nachfrage in Freiburg ergab, daß irgendwelche besondere Besorgnisse wegen des gesundheitlichen Befindens des Zentrumsführers zurzeit nicht bestehen.

Ein richtiges Wort

hat der württembergische Justizminister Dr. Beyerle auf einer Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz der Zentrumsparlei des Bezirks Aalen gesprochen. Er streifte die Frage des Zusammenschlusses von Württemberg und Baden mit der beherzigenswerten Bemerkung: Die neuerdings wieder lebhafter besprochene Frage des staatlichen Zusammenschlusses von Württemberg und Baden verdient aufmerksame Beachtung, müsse aber von allen verantwortlichen Stellen mit der Behutsamkeit behandelt werden, die erforderlich sei, um auf beiden Seiten das Gefühl der Gleichwertigkeit und absoluter Freiwilligkeit zu erhalten. Dieses Wort war am Plat. Man hat in letzter Zeit Zeitungsstimmen gelesen, die darauf herauskamen, als handle es sich hier um nichts, als ein Geschäft, und zwar um ein schlechtes für Württemberg und um ein gutes für Baden. Da fehlt die Behutsamkeit, von der Minister Dr. Beyerle sprach, nur allzu sehr. Selbstverständlich muß man den in Frage stehenden Zusammenschluß auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu überlegen haben. Der weiterblickende Wirtschaftler wird dabei aber nicht bloß an die Gegenwart denken und etwa die Staatsschulden der beiden Länder mit einander vergleichen. Vielmehr wird er auch mit allerlei Zukunftsmöglichkeiten und Entwicklungen rechnen, wenn er sich nicht den Vorwurf der Kurzsichtigkeit machen lassen will. Der wirtschaftliche Gesichtspunkt ist aber weder der einzige noch der wichtigste unter denen, die in Betracht kommen. Viel wichtiger scheint uns z. B. für den Süden Deutschlands die Frage der Geltung gegenüber einem im Norden vielleicht geplanten Berliner Zentralismus zu sein. Wir müssen auf der Hut sein, damit nicht die Frage der Neugliederung des Reichs von Norden her ohne jene Behutsamkeit behandelt wird, die Minister Beyerle bei Behandlung der Frage Württemberg und Baden empfahl. Dazu ist ein mehr geschlossener Süden geeigneter, als ein zerplitterter. Im übrigen gilt von Baden, was der Innenminister Bittmann im Landtag gesagt hat, daß es bei ganz objektiver Betrachtung so viele Eigenwerte aufweist, daß es keinen Miefall nötig hat, um eine Vereinigung mit einem oder mehreren anderen deutschen Ländern herbeizuführen. Je ruhiger die Frage behandelt wird, desto eher ist Aussicht, daß sie gelöst wird und zwar sachgemäß gelöst wird.

Die Rolle, die Dr. Fried spielt

ht. — Das sozialdemokratische Blatt „Das Volk“ in Jena weist im Hinblick auf die Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebels wegen Hochverrats darauf hin, daß die Oberreichsanwaltschaft auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Fried der Vorbereitung zum Hochverrat für verdächtig halte. Auch seine Kampferklärungen gegen die Republik gehen nach Ansicht der Reichsanwaltschaft über bloße Deflamationen hinaus und stellen den Beginn der Ausführung des Verbrechens des Hochverrats dar. — Und jult zur gleichen Zeit, wo die höchste Anklagebehörde des Reiches diesen Herrn Fried des Hochverrats für verdächtig erklärte, wurde er Thüringischer Volks- und Volksbildungsminister mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Landbundes, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei. Was tut aber jetzt die Reichsanwaltschaft?

Wohin wir steuern

Ein Leser schreibt uns: Es ist bekannt, welcher schlimmen Stand die Zentrumsfraktion im Reichstag bei der Vertretung von Kulturfragen hat, so daß im Ausschuß sogar zu ungewöhnlichen Mitteln die Zuflucht genommen werden mußte, um eine ungünstige Abstimmung zu verhindern. Aber nicht nur von Seiten der Parlamentarier drohen den von der Zentrumsparlei in kulturellen Dingen vertretenen, mit den Forderungen des Christentums übereinstimmenden Grundfähigen Gefahren, auch in der Praxis der Gerichte erhebt der moderne, jenen Grundfähigen widerstrebende Geist sein Haupt. Eine diesen gefährlichen Geist atmende, von einem lächlichen Gericht gefällte Entscheidung fordert zum Widerspruch geradezu heraus. Dieses Gericht, das ohne Zweifel auf seine fortschrittliche Einstellung nicht wenig stolz ist, belehrt das Reichsgericht in überlegener Weise, daß die von diesem vertretenen Begriffe von Recht und Sittlichkeit veraltet seien. Es verkündet folgende neue Weisheit: „Das Gericht ist der Heberzeugung, daß die Gleichsetzung jeden außerehelichen Geschlechtsverkehrs mit dem Begriff der Unzucht heute nicht mehr der allgemeinen Volksschauung von Recht und Sittlichkeit entspricht.“ Dann wird weiter ausgeführt, daß die sogenannte „Kameradschaftsbeziehung“ nicht mehr durchweg als etwas Sittenwidriges angesehen werde, sofern sie nur auf gegenseitiger Zuneigung beruhe. (!) Der überwiegende Teil des Volkes billigt den Heiratslustigen — besonders den Kriegsveteranen, die bei ihrer neuen Heirat die Rente verlieren — in seiner sittlichen Auffassung zu, den Verzicht eines erotischen Zusammenlebens zunächst in der Form des außerehelichen Zusammenlebens zu machen und diese erst bei Bewährung in die Formen der bürgerlichen Ehe überzuführen. So die Entscheidung. Ist nun eine solche Auffassung noch weit entfernt von den Anschauungen der Sozialisten von der Ehe? Das lächliche Gericht setzt also den unabänderlichen Sittengesetzen die sittlichen Anschauungen angefränkelter Volkstriebe gleich. Aus welcher Volksabstimmung stellte übrigens jener Gerichtshof fest, daß der „überwiegende“ Teil des Volkes die Kameradschaftsbeziehung billige? Die bedenklliche Einstellung des Gerichts wird auch aus folgender in derselben Entscheidung enthaltenen Ausführung erkennbar: „Die geschlechtliche Betätigung wird in einem weit höheren Maße als ein sachlich zu wertendes körperliches Bedürfnis angesehen und aus dem Kreise moralisch zu wertender Handlungen herausgenommen, genau so wie andere körperliche Betätigungen nicht mit moralischen Maßstäben gemessen werden.“ Das ist doch allerhand. Man sieht, wie nicht nur die moralischen Maßstäbe, sondern auch die sittlichen Begriffe verworren worden sind und wohin wir steuern. Man kann hier ruhig von Kultur bolschewismus reden. Derartige Anschauungen machen auf dem Boden des absoluten historischen Materialismus, nach den Anschauungen es sittliche Wahrheiten und Grundfähige von Ewigkeitsdauer nicht gibt.

Das Berufsausbildungsgesetz im sozialpolitischen Ausichuß des Reichstags

Am 6. Februar 1930 wurde die allgemeine Aussprache über den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes im Sozialpolitischen Ausschuß beendet. Soweit wie möglich kann die Stellungnahme der einzelnen Parteien überblickt werden. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, die zum Ausdruck kamen, kann man feststellen, daß die Beratungen mit außergewöhnlicher Sachlichkeit und Leidenschaftlichkeit vor sich gegangen sind, und daß alle Parteien eine reichsgesetzlich geregelte Berufsausbildung begrüßen.

Eine kurze Einführung in das Gesetz gab der Reichskommissar für Handwerk und Einzelhandel, Ministerialdirektor Reichardt vom Reichswirtschaftsministerium. Für die Deutsche Volkspartei sprach als erster Abgeordneter Teich, dann für die Sozialdemokraten die Abgeordnete Carnow und Frau Schroeder (Schleswig-Holstein), für die Kommunisten die Abgeordnete Bentele und Frau Arendse, für das Zentrum Frau Abgeordnete Teusch, für die Demokraten Abgeordneter Schneider, für die Wirtschaftspartei Abgeordneter Beier (Dresden), für die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft Abgeordneter Behrens und für die Deutschnationalen Abgeordneter Göl.

Einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zum vorliegenden Gesetzentwurf nahmen nur die Kommunisten und Deutschnationalen ein. Den Kommunisten war der Gesetzentwurf nicht genügend kollektivistisch ausgebaut, d. h. mit anderen Worten, es war ihnen sozial nicht genügend auf die kleineren handwerklichen Lehrbetriebe, auf die mehr individuelle Regelung im einzelnen Lehrvertrag und auf die bestehenden mehr erzieherischen Grundlagen des Berufsausbildungswesens. Den Deutschnationalen ging der Gesetzentwurf dagegen in seiner Tendenz zur Ausdehnung des Kollektivgedankens zu weit, weil er insbesondere die Berufsausbildung aller jugendlichen Beschäftigten — nicht nur der Lehrlinge — im Auge hat.

Der ablehnenden Haltung des deutschnationalen Redners trat der eigentliche Sachbearbeiter des Gesetzes, Ministerialdirektor Schindler, äußerst wirksam mit der Feststellung entgegen, daß gerade die handwerkliche Lehrlingsausbildung den besten Beweis für eine gute und gesunde kollektivistische Regelung der Berufsausbildung erbracht habe. In der Gegenwart der Berufsausbildung erbrachte die Kollektivgedanke am härtesten gewesen. Allerdings brauche der Kollektivgedanke — wie der deutschnationale Redner das irrtümlich angenommen hat — nicht verbunden zu sein mit staatlichen Maßnahmen, die in die einzelne Berufsausbildung eingreifen. Der Gesetzentwurf wolle vielmehr eine Ehrenpflicht des Lehrvertrages selber darin sehen, die Durchführung der Kollektivmaßnahmen zur Berufsausbildung durch die Vertragsparteien selbst vorzunehmen und überwachen zu lassen.

Alle anderen Parteien begrüßten, wie bereits erwähnt, den Gesetzentwurf, wenn sie auch je nach ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Einstellung besondere Wünsche und Bedenken dazu vorbrachten. In der Aussprache ergaben sich folgende Fragen als umstritten:

Die Einbeziehung der Landwirtschaft in das vorliegende Berufsausbildungsgesetz, die bessere berufliche Ausbildung in der Hauswirtschaft, die geregelte Berufsausbildung für Jugendliche in geschlossenen Anstalten, die Ausnahme von Jugendlichen, die bei ihren Eltern beschäftigt sind, die Anwendung des Gesetzes nur auf Lehrlinge oder auf alle jugendlichen Beschäftigten, die Anwendung und Ausdehnung von Tarifabschreibungen für den Lehrvertrag und endlich die Zuständigkeit der bei der Berufsvorbereitung zu bildenden paritätischen Ausschüsse.

Die das Handwerk besonders interessierende Frage der Tarifabschreibungen für das Lehrlingsausbildungswesen hat sich bei der allgemeinen Aussprache insofern parlamentarisch unzulänglich gehalten, als durch die offene Erklärung des demokratischen Redners, der sich für die Tarifstellung aussprach, eine Mehrheit im Ausschusse im Sinne der bekannten Stellungnahme des Handwerks zu dieser Frage nicht mehr erreichbar zu sein droht. Von allen Seiten wurde, wie schon angedeutet, eine reichsgesetzliche Regelung der Berufsausbildung auch in der Landwirtschaft verlangt. Der Sprecher der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft, Abg. Behrens, trat mit besonderem Nachdruck, namentlich auch als Vertreter der Landarbeiter, für diese Forderung ein. Eine Erklärung des Referenten aus dem Reichsministerium für Landwirtschaft genügt nicht, um die sachlich begründeten Wünsche nach Einbeziehung der Landwirtschaft in das vorliegende Berufsausbildungsgesetz auszuräumen.

Für die Zentrumsfraktion erklärte Frau Abg. Teusch ebenfalls, daß die endliche Einbringung eines Berufsausbildungsgesetzes vom Zentrum begrüßt würde. Sie wies eingehend auf die Tatsache hin, daß auf berufshändlicher Grundlage im Handwerk schon seit Jahrhunderten die besten Erfolge für eine gründliche und sachliche Berufsausbildung zu verzeichnen seien. Ohne diese Ergebnisse einer gründlichen handwerklichen Lehre hätten wir in Deutschland niemals die große Zahl tüchtiger Qualitätsarbeiter gehabt. Bei den Arbeitern aller Berufe und Schichten würde das muntere und anerkannt. Auch namhafte Führer der Industrie, z. B. Geheimrat Kahl auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 1927 in Frankfurt, haben bestätigt, daß die Lehnen und Heinen Betriebe die besten Lehrbetriebe seien. Für die Zentrumsfraktion gelte es in vorliegenden Gesetz, diese Grundlagen für eine geordnete und gesunde Berufsausbildung nicht nur dem Handwerk zu erhalten, sondern sie möglichst diesen Jugendlichen zugute kommen zu lassen.

In diesem Sinne forderte die Zentrumsfraktion grundsätzlich die Einbeziehung der Landwirtschaft und Hauswirtschaft in eine reichsgesetzliche Berufsausbildung. Die handwerklichen Lehrbetriebe der Landwirtschaft müßten unter allen Umständen schon in dieses Berufsausbildungsgesetz einbezogen werden.

Vom evangelischen Volksdienst

Eppingen, 9. Febr. Auf der Donnerstagabend von der hiesigen Ortsgruppe des neu gegründeten Evangelischen Volksdienstes einberufenen Versammlung hatten auch Außenstehende einmal Gelegenheit, die Ziele und das Programm dieser Partei kennen zu lernen. Leider erfreute sich die Veranstaltung keines großen Besuches, wie der Vorsitzende gleich feststellen mußte, aber dafür war die Diskussion um so interessanter, weil hier manches über das Verhältnis zum Zentrum gesagt wurde. Der Redner, Herr Abg. Bergsch, erklärte gleich von vornherein, daß seine Partei sich von allen übrigen durch das Fehlen eines festen Programmes unterscheidet. Man werde nach bestem Wissen und Gewissen an der Arbeit des Landtags teilnehmen und sich in erster Linie von Gottes Wort leiten lassen. Nach seiner Ansicht mußte die Gründung des Evangelischen Volksdienstes endlich einmal erfolgen, um damit deutlich von der Deutschnationalen Volkspartei abzurufen, deren Politik man einfach nicht mehr mitmachen könne. Eugen Bergsch sei ein gewaltiger Mann, der es in seiner Hand hätte, legensreich zu wirken, aber bis jetzt hätte man in seiner Partei nur Verfallsercheinungen entdeckt. Für den Volksdienst kommt eine Verbindung mit Eugen Bergsch nie

werden, weil das Zentrum bei dieser Forderung den gleichen Gedanken wie bei der Arbeitslosenversicherung verfolgte. Es will nämlich verwandte und ähnliche Berufsklassen in Ausbildung und Leistung möglichst fördern und sie damit arbeitsvermittlungsfähig und berufsfähig machen. Für die Regelung der Berufsausbildung in Anstalten forderte Frau Abg. Teusch, daß die Lehrlinge, falls sie jemals wieder in das freie Wirtschaftsleben zurückkehren, so ausgebildet und erzieht sind, daß sie sich durch eine zeitgemäße berufliche Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Auf die besonderen Belange der Anstalten müsse allerdings durch Ausfüllungsbestimmungen zu diesem nur richtungsgebenden Reichsrahmengesetz gehörend Rücksicht genommen werden. Je weniger Ausnahmen für die Beschäftigung und Berufsausbildung Jugendlicher im vorliegenden Berufsausbildungsgesetz zugelassen werden, um so einfacher, reibungsloser und auch billiger wird sich seine Durchführung gestalten und um so eher kann der ziffermäßig eintretende Mangel an jugendlichen Arbeitnehmern in den Jahren 1932 und 1933 durch Tätigkeit und Seifungsfähigkeit der verbleibenden Kräfte ausgeglichen werden.

Besondere Beachtung verlangte die Rednerin des Zentrums für den Ausbau und die Förderung des kaufmännischen Lehrlingswesens. Der selbständige Einzelhandel sollte — so führte sie u. a. aus — mit freudiger Anteilnahme an der Berufsausbildungsgesetzgebung entgegenkommen, um sich immer mehr über den Weg einer geregelten Berufsausbildung auch zum selbständigen Berufsstand zu entwickeln. Die vielen und vielseitigen Kräfte brauchen zweifellos dem kaufmännischen Mittelstand eine harte Überforderung und auch unvorherbar einen gewissen Mangel an berufsmäßigem Gefühl. Wenn heute das Handwerk im gewerblichen Mittelstand trotz seiner wirtschaftlich schwierigen Lage die bessere und stärkere Stellung einnimmt, so liegt das wesentlich in seinem schon jahrelang gesetzlich geregelten Berufsausbildungs- und Prüfungsweisen begründet.

In diesem Zusammenhang ging Frau Teusch ferner noch auf eine vertiefte Frauenberufsausbildung im Hauswirtschaftsberufe ein. Dieser ist der Zukunft zu befähigen, daß sowohl im Ausbildungsberufe, wie auch im Arbeitsverhältnis die Hauswirtschaft nicht geblüht als notwendiger Beruf angesehen wird. Dadurch kommen immer mehr schulfähige Mädchen norderbringen in eine Berufsausbildung bei handwerklichen Berufen, wie Schneiderinnen, Modistinnen, Friseurinnen, die teils überlebt sind und die andererseits auch der eigentlichen Berufsausbildung des jugendlichen Mädchens weniger entsprechen. Kommt erstallenderweise einmal für die Hauswirtschaft eine geregelte Berufsausbildung mit Lehrvertrag usw. heute schon in Frage, so hat man imminenz keine Not, diese Berufsausbildung im Sinne der Anwendung für Kindererzieher und Weibzentren nach dem Berufsausbildungsgesetz oder Berufsausbildungsgesetz anzuerkennen zu lassen.

Sehr häufig wiesen die entsprechenden Behörden die Bekämpfung, daß tatsächlich hier eine Berufsausbildung vorliegt, mit der Bemerkung zurück, es handele sich bei der Hauswirtschaft um eine mehr jugendpflegerische Maßnahme. In diesem Berufsausbildungsgesetzrahmengesetz muß endlich einmal über die Hauswirtschaft als Frauenberuf eine grundsätzliche Entscheidung getroffen und damit eine tatsächliche Beförderung in der Frauenberufsausbildung herbeigeführt werden. Die Zentrumsparlei wies sich in dieser Forderung ein mit den ihr angehörigen Frauenvereinen, insbesondere auch mit der Hausfrauenvereinigung des katholischen Deutschen Frauenbundes. Daß Frauen bei der Durchführung dieses Gesetzes beteiligt sein müssen, nicht allein bei der hauswirtschaftlichen Bildung, sondern bei der Berufsausbildung schlechthin, ist für die Zentrumsparlei eine solche Selbstverständlichkeit, daß ein näheres Eingehen darauf sich erübrigt.

Einen besonderen Anlaß der Zentrumsparlei bildet die von dem Reichsministerium für Frauenberuf, Frau Teusch auf Grund einer Bemerkung des sozialdemokratischen Abg. Carnow, der alle Jugendlichen, auch die bei ihren Eltern Beschäftigten, in das Gesetz einbezogen wissen wollte. Frau Teusch trat für die vollständige Aufrechterhaltung aller familiären, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und Beziehungen, auch im Berufsausbildungsgesetz, ein und betonte, daß man nicht in die häßlichen und natürlichen Verpflichtungen für ein Arbeits- und Erziehungsverhältnis, in dem Familienbetrieb, zwangsmäßig durch Gesetz und behördliche Maßnahmen stören eingreifen darf. Damit sei keineswegs eine Beeinträchtigung der Berufsausbildung, sondern deren Förderung und Beförderung im besten und christlichen Sinne gegeben.

Für Frage der Durchführung des Gesetzes bemerkte abschließend die Rednerin, daß die Stellung und der Einfluß der paritätischen Ausschüsse weniger eine Frage der Konstitution als eine Frage der Personalitäten sei, die diesen Ausschüssen als Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter angeboren würden. Falls man sich dort durchsetzen oder in sachlicher Weise zu verständigen wüßte, könnte der Ansicht Ausdruck gegeben werden, daß sich Selbstverwaltungsförderung reibungslos einstellen würden. In dieser Auffassung wüßte die Partei sich eins mit den ihr anstehenden Arbeitnehmern aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Die eingehendere Besprechung der besonderen Fragen der handwerklichen Berufsausbildung behielt Frau Teusch für die Einzelberatung dem aus der Fraktion zur Behandlung dieses Gesetzes besonders in den Ausschuß entsandten Kollegen Abg. Bielefeld, dem Präsidenten der Handwerkskammer Münster L. W. vor.

Die Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuß werden mit der Einzelberatung des Gesetzentwurfes nach Abschluß der Plenarverhandlungen erster Lesung über das Saager Abkommen am Freitag, den 14. Februar, weitergeführt. Abschließend kann der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß trotz vorliegender, tiefergehender Meinungsverschiedenheiten ein Berufsausbildungsgesetz zustande kommt, das zur gründlichen und sachlichen Berufsausbildung und Lebenserziehung vieler erwerbstätiger Jugendlicher dienen wird.

in Frage. Indem er die Einseitigkeiten der Nationalsozialisten und Kommunisten verurteilte, hob der Redner jedoch die feindselige Stellung der Sozialdemokratie gegen seine neue Partei hervor. Mit dem Zentrum werde man früher oder später aus christlichen Gründen eng zusammenarbeiten müssen, weil es heute um Sein oder Nichtsein der Religion gehe. Die neuen Terrormaßnahmen der Kommunisten in Ausland nötigen zu schlimmen Befürchtungen.

Kirchliche Nachrichten

Päpstliche Auszeichnung

Dr. jur. Freiherr Reich v. Freyh, der römische Vertreter verschiedener kathol. Blätter in Deutschland, wurde am Vorabend des Festes des heiligen Franz von Sales, des Patronen der katholischen Schriftsteller, durch ein Breve des heiligen Vaters ausgezeichnet, durch das er zum Komtur des S. J. Ordens ernannt wurde. Dazu bemerkt die „Kath. Volksg." in dieser hohen päpstlichen Auszeichnung ist ohne Zweifel die Anerkennung ausgesprochen, die der heilige Stuhl ihm für seine sachkundige, geschickte und tatvolle Tätigkeit als Verantwortlicher der führenden katholischen Presse in Deutschland zollt. Wir dürfen in dieser Ehrung aber auch eine Anerkennung dessen erblicken, was Baron Reich v. Freyh auf kirchlich-politischem und wissenschaftlichem Gebiet im Verlauf der letzten sechs Jahre in Rom geleistet hat. Er ist wohl mit dem meisten deutschen Bischöfen und vielen Professoren der Theologie persönlich bekannt, ebenso mit zahlreichen Abgeordneten; und mancher deutsche Gelehrte wendet sich in wichtigen kirchlichen Fragen an ihn.

Panflavin ärztlich empfohlen zum Schutz gegen Grippe
PASTILLEN (SACCHARINUMGEWASCHEN)

Badischer Landtag

Voranschlag des Ministeriums des Innern

Stimmungsbild

Karlsruhe, den 11. Februar 1930.

W. B. Der Landtagspräsident übertrug das Haus heute mit einer kleinen aber überaus profunden Verringerung der Anordnung des Rednerpultes das jetzt nicht mehr seitlich steht, sondern in der Mitte des Hauses, am Tische der Stenographen aufgestellt ist. Diese Anordnung entspricht einem von der Presse wie von den Stenographen schon längst geäußerten Bedürfnis, die in der Vergangenheit, die vom Platz des einzelnen Abgeordneten aus gehaltenen Reden besonders bei lebhafter Erregung des Hauses vielfach nicht verstehen konnten. Mit einer geradezu bewundernswürdigen Disziplin eilten die Abgeordneten beim Redneranruf an das Rednerpult, als erster der kommunistische Abgeordnete Böning. Nur der Abg. von Au machte natürlich eine unruhigliche Ausnahme. Die

Einzelberatung des Voranschlags

In der über jede einzelne Position abgestimmten wird, war ein Tag der deutschen Opposition, die in der Fabrikation von überflüssigen, unklaren, wenig durchdachten und auf die Gemeindefinanzierung für den Späteren berechneten Anträgen geradezu das Menschenmögliche geleistet hatten. Daß dieser Tag für die Deutschnationalen negativ verlief, lag in der oben gekennzeichneten Eigenart der Anträge begründet. Der Abg. Kühn vom Zentrum, der in seiner langjährigen kommunalen Tätigkeit die große Kommunalwirtschaft Karlsruhes mit ihren verwickelten Verhältnissen moderner Kommunalwirtschaft genügend zu studieren die Gelegenheit hatte, wies in einer sachlichen, auf gründliche Erfahrung und Materialbeherrschung gestützten Rede die Selbstheit und Wirkungslosigkeit der deutschnationalen Anträge hin und zog in durchaus klarer Weise die Grenze zwischen gesunder Mittelstandspolitik und gebotener Kommunalwirtschaft. Das Zentrum ist sich durchaus einig über die ethische, wirtschaftliche und staatspolitische Bedeutung des Mittelstandes, deren schwereren Kampf gegen auflösende Tendenzen von kapitalistischer und sozialistischer Seite her eine tiefe Erschütterung seiner Existenz hat erleben müssen. Diese auch vom Zentrum beklagte und immer wieder bekämpfte Entwicklung kann aber durch Statistiken und zweischneidige Verbot, aus der nur verhängnisvolle Gegenschläge gegen eine sinnvolle, an den Aufgaben der Zeit sich orientierende Kommunalwirtschaft spricht, nicht gelöst werden. Das Ziel muß sein auf der goldenen Mitte eine Verständigung zwischen den Interessen der vielgestaltigen Existenzen des Mittelstandes und den durch die Aufgaben der heutigen Zeit gestellten Anforderungen an die Gemeindefinanzierung herzustellen. Diesen Ausgleich zu schaffen, ist keine Partei so in der Lage, wie gerade die Zentrumspartei, auf Grund ihres Programms sowohl wie ihrer sozialen Struktur.

Es war begreiflich, daß die deutschnationale Gruppe selbst unter Heranziehung ihres gesamten männlichen Bestandes die Lage nicht mehr retten konnte. Das war aber nicht Schuld der Regierungsparteien, sondern der deutschnationalen Antragsteller selbst. Nicht anders ging mit der

Arbeitsdienstpflicht

die naturgemäß den begeisterten Beifall der Nationalsozialisten fand. Sie wollen damit ein hartes Geschlecht heranzüchten. Worin diese Stärke besteht, ist noch nie gesagt worden. Wir können nur eines feststellen aus dem bisherigen Verhalten der Rassist-Sozialisten, daß die Stärke des Intellektes wohl damit nicht gemeint sein kann. „Die nationale Rechte“ will die Arbeitsdienstpflicht dazu noch aus disziplinären und staatspolitischen Gründen, sie will mit dem Arbeitszwang ein neues Staatsgefühl schaffen. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß man diesem deutschen Volk, das in seiner langen Geschichte durch den Einfluß der Fürstendynastie kein Staatsgefühl entwickeln konnte, nun auf einmal auf dem Wege über den Arbeitsdienst ein Staatsgefühl beibringen will. Diese Trabantensugenergs müßten sich doch darüber klar sein, daß man niemals Staatsgefühl entwickeln und erziehen kann, wenn man die Form und die Symbole des bestehenden Staates mit Geißel, Haß und Verachtung überzieht. Nicht Arbeitsdienstpflicht ist zur Wiedergabe des Staatsgefühls nötig, sondern neben anderen Dingen eine „nationale Opposition“, die auf der Grundlage des geschichtlich gewordenen Ehrlich um die Erneuerung und Verlebendigung der Funktionen der deutschen Demokratie kämpft. Was die aus der Reichstagsfraktion ausgetretenen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lambach, Kreivanus usw. endlich erkannt haben, brauchen die badischen Deutschnationalen nach Lange nicht einzusehen. Wenn man vielleicht aus disziplinären Gründen einen Funken von Sympathie für die Arbeitsdienstpflicht empfinden kann, so fehlen doch die finanziellen und ethischen Voraussetzungen, um die Utopie zur Wirklichkeit zu machen. Das nachgewiesene zu haben, bleibt ein Verdienst der Abgeordneten Kühn vom Zentrum, Marzloff von der Sozialdemokratie und Mentz von der liberalen Volkspartei.

Eine besondere Rolle spielte der Abg. Fischer von der demokratischen Partei der in einer geradezu vorwornenen Rede die ganze kommunale Wirtschaftsbeziehung mit hollöser Verbanstrategie zum Ziel seiner Angriffe machte. Was hier zum Vordringen kam, war ein funktionsloses Gemisch von Oberflächlichkeit und ausgebrochener Unzulänglichkeit, über das sich das Haus weidlich ergöste. Mit Hilfe solcher deplazierter Gefühlsausprägungen kann man wirklich auf der Landtagstribüne keine Mittelstandspolitik treiben. Daß er noch unter die Seltener ging und jeden Menschen auf seine Qualität an den Ringern erkennen wollte, daß er an der heutigen Jugend seinen guten Neben ließ, ründet das Bild eines zeitabgewandten Auspöcklers recht gut ab. Daß die Demo-zelle, die im Ausschuss gegen die deutschnationalen Anträge stimmte und im Plenum Stimmhaltung übte, wieder einmal einen Unfall zum besten gab, liegt ganz in der Linie der bisherigen Fraktionspolitik.

Sitzungsbericht

Einzelberatung

Debatte über die Arbeitsdienstpflicht

Nach 9 Uhr beginnt die Sitzung mit der üblichen Besetzung eingegangener Gesuche und Anträge. Das Haus wird durch die

neuartige Anordnung der Rednerpulte überrascht, das jetzt in der Mitte des Hauses an den Tisch der Stenographen aufgestellt ist. Es wird in die

Einzelberatung des Voranschlags des Ministeriums des Innern

Als erster spricht vom neuen Rednerpult der Abg. Böning (Komm.), der erklärt, daß man noch weiter im Etat sparen könne. Der Etat sei ein Klaffenstat. Die Polizei sei gut, die Fürsorge schlecht dotiert. Die Arbeitsdienstpflicht sei höchstens zu belämpfen.

Abg. Kühn (Ztr.) erstattet einen knappen sachlichen Bericht über drei deutschnationale Anträge: einmal einen wegen Unterbrechung der kommunalen Betriebe in den sieben größten Städten Badens noch der finanziellen und steuerlichen Seite hin, über einen zweiten, der die Ausdehnung der gewerblichen Betätigung der Gemeinden über den Kreis der Licht-, Kraft- und Wasserkraft hin aus in jedem Einzelfalle fünfzig von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Gemeindevorstände abhängig macht und einen dritten Antrag, zu unterziehen, wie weit die sieben größten Städte des Landes bisher als Eigentümer in den badischen Grundbesitz eingedrungen seien. Alle 3 Anträge seien abzulehnen.

Abg. Habermehl (Dnall.) setzt sich gegen den Vorwurf zur Wehr, als ob seine Partei mit den Anträgen eine Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden erstrebe. Sie ablehnende Haltung des Ausschusses zu den drei Anträgen nachdem sich die meisten Ausschussmitglieder in platonischen Einmündigkeitserklärungen ergangen hätten, sei zu bedauern. In einer Volonté gegen eine politische Heufurung des Innenministers meint der Redner, daß die heutigen Staatsmänner die Opposition gegen den Young-Plan zu seiner Verbesserung hätten benutzen müssen.

Abg. Marzloff (Soz.) berichtet über den deutschnationalen Antrag über Einführung der Dienstpflicht für die männliche Jugend. Aus sozialen Gründen, rechtlichen Motiven kommt der Ausschuss zur Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Schmittknecht (Dnall.) begründet seinen Antrag aus ethischen und staatsbürgerlichen Motiven. Es sollen ja nur Ermöglichten angelehnt werden.

Abg. Mentz (lib. Volksp.) äußert lebhaftes Bedenken gegen die Arbeitsdienstpflicht.

Abg. Böning (Komm.) versucht die Bilanz zwischen der von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Arbeitsdienstpflicht und der in Ausland bestehenden allgemeinen Arbeitspflicht aufzuzeigen.

Abg. Marzloff (Soz.) ist für eine allgemeine Arbeitspflicht aus disziplinären Gründen.

Abg. Marzloff (Soz.) ist gegen die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Das sei der Weg zum preussisch-deutschen Militarismus. Der Nationalsozialismus sei nicht fähig, Arbeit zu schaffen. Die Arbeitsdienstpflicht bezieht sich auf alle Leistungsfähigen. Das Problem ist finanziell unlösbar.

Abg. Fischer (Dem.) betont, daß die Städte, durch die Entwicklung gezwungen, sind auf die Vorkaufkraft legen müßten. Es gebe auch Wohnungswirtschaftsgemeinden. Die Jugend müsse unter Kontrolle gestellt werden.

Abg. Kühn (Zentr.) betont, daß es sich hier um bedeutende politische Probleme handle. Die Antragsteller hätten sich den Widerspruch selbst zuzuschreiben. Der 1. deutschnationale Antrag sei unvollständig und einseitig gewesen. Mit Statistiken sei es nicht getan. Der deutschnationale Vorwurf wegen einer lächerlichen Kritik sei zurückzuweisen. Die Mittelstände würden durch diese Anträge nicht bestraft werden. Auf der Mittelstand müsse man auch die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden anerkennen. Der goldene Mittelweg sei der beste. Man müsse an die zwangsweise geführte Annäherung der kommunalen Betriebe in gemeinschaftlicher in Dresden unter der Leitung eines sozialistischen Bürgermeisters denken. Man müsse verlangen, daß nicht aus Baden solche Entwicklungen eusehen. In erster Linie ist es Aufgabe der Privatwirtschaft, den Wohnungsbau zu betreiben. Es sei vor Jahren statistisch nachgewiesen worden, daß die Kommune teurer wäre als die Private. Für Kindererzieherische Zwecke usw. müsse aber immer wieder die kommunale Bauwirtschaft möglich sein. Die deutschnationale Nationalsozialisten hätte andere Auffassungen als die Landtagsfraktion. Die Frage der Arbeitsdienstpflicht werde nicht im Landtag gelöst werden. Die Frage der Arbeitsbeschaffung könne auf diesem Wege nicht geregelt werden. Im jetzigen Moment sei die Aufstellung dieser Frage geradezu gefährlich. Man könne zwar dem Gedanken an sich sympathisch unter dem Eindruck der seelischen Not der arbeitslosen Jugend gegenüberstehen, aber in dieser Form sei die Lösung der Frage auch schon aus finanziellen Gründen unmöglich. Das Zentrum lehne die deutschnationalen Anträge ab. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf (Soz.) befragt die Sperre des Kapitalmarktes für die Gemeinden. Das Großkapital mache konzentrische Angriffe auf die Kommunalbetriebe. Die Überführung der Gemeindebetriebe würde zu einer schweren Gefährdung des Mittelstandes und der mittleren und kleinen Industrie führen. Der demokratische Redner hätte in mühevoller Agitation gegen die städtischen Gemeindebetriebe gemacht. In der Hauptpolitik seien besonders die Genossenschaften zur Erzielung billiger Wohnungen zu unterstützen.

Abg. Großhans (Soz.) meint, daß alle Vor schläge auf dem Baugelbde von Interessenten gemacht, nicht aus Partei der Allgemeinheit sondern zur Förderung eigener Vorteile seien. Der kommunale Wohnungsbau in Konstanz habe legendär gewirkt. Redner nimmt die Jugend gegen die Angriffe des Abg. Fischer in Schutz. Wenn die Kommunen nicht eingegriffen hätten in schweren Wirtschaftskrisen, wäre manche Mittelstandsexistenz zusammengebrochen.

Nach einem Schlußwort des Antragstellers Dr. Schmittknecht wird in die Einzelabstimmung eingetreten. Der kommunistische Antrag auf Streichung sämtlicher Ministerialzulagen wird mit allen gegen 8 kommunistische Stimmen bei 15 Enthaltungen der Rechten und Wirtschaftspartei abgelehnt. Die Aufhebung der Landeskommunalfiskale wird gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Nach einer kurzen Richtigstellung durch den Berichterstatter Abg. Kühn (Zentr.) gegenüber dem Abg. Dr. Schmittknecht (Dnall.) wird über die deutschnationalen Anträge abgestimmt. Die auf die Gemeinden bezüglichen Anträge der Deutschnationalen werden mit allen gegen 17 Stimmen der Rechten und Wirtschaftspartei bei 8 Enthaltungen der Liberalen und Demokraten abgelehnt. Der Antrag wegen der Arbeitsdienstpflicht wird ebenfalls mit allen gegen 17 Stimmen der Rechten und Wirtschaftspartei bei 8 Enthaltungen der Demokraten abgelehnt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Fortsetzung Mittwoch 9 Uhr.

Sitzung des Haushalt-Ausschusses

Karlsruhe, den 11. Februar 1930.

Der Haushaltsausschuss des badischen Landtags nahm auf Ersuchen des Innenministers aus dem Budget des Innenministeriums den Beschluß über die Wohnungsfürsorge in der heutigen Sitzung vorweg. Am Anfang des Berichtes des sozialdemokratischen Berichterstatters wurde von einem sozialdemokratischen Mitglied darauf gelegt, daß die Gebäudefondsteuer ursprünglich im Rahmen der dritten Stenographenordnung nicht für den Wohnungsbau vorgesehen war, und daß der badische Staat erst später die Hälfte des Aufkommens aus der Gebäudefondsteuer dem Wohnungsbau zu

gewiesen hat. Auch die Rückflüsse werden notwendigerweise vom Finanzminister zum Teil dem allgemeinen Finanzbedarf zugeführt. Die Wohnungsnot sei nicht überall behoben, wenn auch die Statistiken der Wohnungsdämter nicht in jeder Hinsicht als Grundlage dienen können. Die Städte sind in Zukunft nicht mehr in der Lage, den Wohnungsbau wie bisher zu unterstützen. Der Bedarf an Drei- und Vierzimmerwohnungen ist ziemlich gedeckt, weil kaum jemand in der Lage ist, die Mietpreise hierfür zu bezahlen. Der Kleinwohnungsbau wäre zu fördern. Die Beleihungsgrenzen für Neubauten sollten wieder hinaufgesetzt werden; die Banken hätten auch mit 50 bis 60 Prozent Beleihung noch genügend Sicherheit. Die Erhöhung der Zinsen für die Baulandbanken seitens der Städte erfolge im ungeeignetsten Augenblick. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen im Landesdurchschnitt 19 Mark Gebäudefondsteuer, der Durchschnitt in großen Städten ist 18 Mark, an kleineren Plätzen 6 Mark.

Ein Zentrumsvorredner begrüßt den Entschluß der Regierung, für den Wohnungsbau ein Darlehen von 14 Millionen aufzunehmen. Die Zinserhöhung der Städte sei gefährlich, denn dadurch ist es finanzschwachen Leuten unmöglich zu bauen. In Karlsruhe stehen Wohnungen leer, weil eine Mietzins von 200 und mehr Mark für eine Dreizimmerwohnung zu teuer ist. Hingegen gibt es Altmwohnungen mit 6 Zimmern für 120 Mark Monatsmiete. Eine Angleichung der Mietzinsen sei unbedingt ins Auge zu fassen. Ein anderer Zentrumsvorredner wies darauf hin, daß der badische Staat bereits 48 Millionen an die Gemeinden als Wohnungsbaudarlehen gegeben habe, wofür die Gemeinden haften. Es ist erfreulich, daß der Staat einen teilweisen Ertrag der Gemeinden anstehenden Verluste übernehmen will. Der Besitz eines neuen Hauses ist ein Verlustgeschäft. Die Städte müssen ihren Zinsverlust infolge der Zinsverbilligung aus der Gebäudefondsteuer bestreiten. Der badische Staat möge mit dem Zinsfuß von 8 Prozent auf 1 Prozent zugunsten der Gemeinden zurückgehen. Die Banken verlangen neben den unerträglich hohen Zinsen noch Bürgschaften, bei solchen Zinsen seien Bürgschaften ein Verlust. Von Seiten des Reiches sollten Höchstzinshöhen eingeführt werden, deren Überschreitung bestraft werden soll. Die Regierung sollte sich bei Vergebung der Baulandbankdarlehen der Sparkassen bedienen, als der Banken. Ein liberaler Redner hält die Verbilligung der Zinsen von Seiten des Staates zugunsten der Gemeinden für undurchführbar. In demselben Sinne äußerte sich der Innenminister mit der Begründung, daß dann der Staat sein Wohnungsbauprogramm nicht mehr durchführen könne. Die Zinsen in anderen Ländern seien im Allgemeinen ebenso hoch. Von Zentrumsvorredner wurde einige Darlegungen des liberalen Redners und der Regierung überprüft.

An der Bau- und Bodenbank wurde von verschiedenen Seiten Kritik geübt, der auch andererseits Anerkennungen gegenüberstanden.

Ein Demokrat stellte fest, daß in vielen Gemeinden keine Wohnungsmiete mehr bestünde. Es fallen die Mittel mehr für Kleinwohnungsbau statt für große Wohnungen verwendet werden. Auch von dieser Seite wurde die Angleichung der Mietzinsen für Alt- und Neuwohnungen befürwortet.

Die unter das Kapitel Wohnungsfürsorge fallenden Anträge wurden (mit einer Ausnahme) angenommen unter Enthaltung der Vertreter der Nationalsozialisten, der Wirtschaftspartei, der Demokraten und Liberalen.

Literatur

„Der Anfang und das Ende.“ Christuspredigten. Gehalten im Dom zu Eichstätt von Prof. Dr. J. Gmelch, L. Sändchen. Kottenburg a. N., Bader'sche Verlagshandlung (Wolf Bader).

Der Name Gmelch hat im Predigtchrifttum einen guten Klang. Seine bisher erschienenen Bändchen wurden unter die wertvollsten homiletischen Veröffentlichungen der letzten Jahre gereiht. Diesem Aufsatze entspricht auch der neue Zyklus „Der Anfang und das Ende“, der mit seinen sechs Predigten die erste von mehreren Serien „Christuspredigten“ bildet. Jede dieser Predigten stellt eine abgerundete Einheit dar und läßt das Christusbild auf dem Goldgrund der hl. Schrift in seiner ganzen Leuchtkraft wirken.

„Anspruch und Geschichte der Geige.“ Von Dr. Otto Hausen-sack. Verlag Johann Grunberg, Marburg (Kahn).

In einer Zeit des drohenden Zusammenbruchs aller geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Güter unserer gegenwärtigen Gesamtkultur wird es doppelt notwendig erscheinen, durch systematische Forschung und konkrete Herausstellung aller kulturellen Einzelmerkmale zu einer Überwindung dieser Krise in einer neuen kulturellen Einheit durchzuwachen. Von diesem Gesichtspunkt aus wird man heute jede, selbst noch so anspruchslose Arbeit, die auf eine Verlebendigung unseres kulturellen Seins hinzielt, dankbar begrüßen müssen. Für die Krisis unserer gegenwärtigen Kultur darf das vorliegende Werk diesen Anspruch durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen. Nicht um problematische Theorien oder gar letzte Durchdringung des gesamten musikalischen Seins kann es sich hierbei handeln, sondern einzig und allein um einen kleinen — aber deshalb um so bedeutungsvolleren — Auschnitt aus dem Entstehen und Werden musikalischer Kulturen. Denn gerade die Geige ist ihrem Ursprung und ihrer Geschichte nach das Musikinstrument, in welchem die musikalische Kultur zu allen Zeiten vielleicht ihren prägnantesten Ausdruck gefunden hat. Es wird daher in einer Zeit der Verwirrung und Revolutionierung aller kulturellen Begriffe, auch der musikalischen, so doch allen Gebildeten leicht möglich sein, die Ursprünge und die Geschichte der Geige in einem einheitlichen, kulturhistorischen Gesamtbild der Gegenwart darzustellen.

Der Verfasser des vorliegenden Werkes hat sich dieser Aufgabe mit anerkanntem Fleiß, größter Sachkenntnis und nicht zuletzt auch mit einer nur dem schöpferischen Künstlerischen Menschen eigenen Einfühlungs- und plastischen Gestaltungsgabe unterzogen, so daß hier ein Werk entstanden ist, das neben der künstlerisch-ideellen Seite auch die konkreten und praktischen Fragen des zur Diskussion stehenden Problems eingehend behandelt. Gerade in dieser Verbindung von Kunst und handwerklicher sowie wirtschaftlicher Gegenständlichkeit in Vergangenheit und Gegenwart liegt der besondere Vorteil des Werkes.

Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, 11. Februar. Vom Norden eindringende maritime Luft, die gestern früh bis zur deutschen Mitte gelangt ist, hat heute die deutschen Mittelgebirge erreicht und in Norddeutschland allenthalben Witterung des Frostes gebracht. Als erstes Anzeichen der von Norden kommenden maritimen Luft ist bei uns heute früh vorübergehend hohe Bewölkung eingetreten. In Süddeutschland hält der Frost in unverminderter Stärke an; nur in der Höhe ist mit Temperaturumkehr Witterung zu verzeichnen (Südberg heute — 5 gegen — 11 Grad gefrieren). Der beständige Witterungscharakter wird in unfernt Gebiet vorwiegend durch erhaltene Massen, die nur vorübergehend mit leichtem Temperaturanstieg in der Ebene zu rechnen ist.

Voraussetzliche Witterung am Mittwoch: Witterung des Frostes bei abflauenden Winden, lokale Frühnebel in Niederungen, sonst keine wesentliche Veränderung.

Wasserstand des Rheins am Dienstag, 11. Febr., morgens 8 Uhr: Badshut 173, gef. 6; Biele 26, gef. 3; Ederheim 47, gef. 12; Mehl 164, gef. 5; Ragau 840, gef. 14; Mannheim 214, gef. 10; Saub 142, gef. 8 Ztm.

Hin aus in die Welt!

Wöchentliche Reise- und Wanderbeilage

Im 1000jährigen Cottbus

Besuch in der Stadt der Ozeanflieger und des Luchses.
Von Franz S. Schwarzenstein.

Im Jahre 1980 blüht die Stadt am Spreewald auf ihr tausendjähriges Festzelt zurück.

MDR. Zunächst eine Ehrenrettung: Cottbus schreibt sich nicht C, nicht mit M. Im Gegenteil das A ärgert die echten Cottbuser sogar sehr; sie wollen sich um alles in der Welt den guten alten Namen nicht so verjähren lassen. Und da haben sie recht: Cottbus mit A, das steht wirklich nicht schön aus!

Obwohl uns das freundliche Städtchen in der märkischen Lausitz unmittelbar am Spreewald längs als einer der Hauptorte der deutschen Tuchfabrikation bekannt sein sollte (es steht in der Reihe der Tuchzeuger an 8. Stelle), ist Cottbus doch in der großen Welt erst eigenlich durch die Landung der Ozeanflieger Chamberlain und Levine berühmt geworden. Mit einem Mal erschien sein Name in den Zeitungen der ganzen Welt! Und in der Tat der Geschmach der amerikanischen Flieger war nicht schlecht. Cottbus hat seine eigenartigen Schönheiten lange hindurch viel zu sehr verhehelt gehalten. Nun endlich kam das Erwachen aus dem Dornröschenschlaf.

Steigt man in Berlin auf dem Görlitzer Bahnhof in den Zug, so ist man schon nach knapp 2 Stunden am Ziel. Doch ragt über das Häusermeer der malig gotische Oberkirche hinaus, ein schöner spätgotischer Hallenbau, der schon im 12. Jahrhundert erwähnt wird. Unter den wenigen Schmuckstücken im Innern ist namentlich der fast 11 Meter hohe Altar aus Sandstein mit einer Darstellung des Abendmahls inreicht. Merkwürdig die kleine Turmhalle mit dem eigenartigen Kuppelgewölbe, das durch seine turmhöhlenförmig vertieften Felder seltsame Klangwirkungen hervorruft. Nicht weit davon, bestehend und halb beiseite hinter Baum und Strauch, eins der ältesten Wandmalereien der Stadt, die Klosterkirche. Zwei Grabmäler, die ältesten von Cottbus, aus den Jahren 1807 und 1800, fesseln den Blick und aus einer Nische verkündet eine graue Tafel, daß einst (es soll um 1806 gewesen sein) einige Wenden, die während des Gottesdienstes würfelten, hier vom A. h. erschlagen wurden.

Die alten Stadtmauern und Türme sind längst schönen Promenaden mit großen Bäumen gewichen, unter denen es sich an warmen Sommer Tagen angenehm spazieren läßt. Auch die alte Burg, an deren Stelle heute das Landgericht steht — überragt von einem mächtigen Turm, dessen Fundamente noch von dem alten Bergfried stammen —, ist heute nicht mehr. Im Schatten herrlicher Bäume, vorbei an förmlich altertümlichen verputzten Häusern fließt die Spree. Hier ist sie noch ein kleines, beschauliches Flüsschen, obwohl sie, wenn du es wünschst, einen leichten Rachen gern trägt.

Der Stolz der Stadt ist das schöne Theater auf dem Schillerplatz. Im Stil zwar nicht ganz einheitlich gehalten, gehört es doch zu den schönsten und modernsten deutschen Provinztheatern, und besonders seine im Stil Louis XVI. ausgeführte, prachtvolle Innenausstattung ist sehenswert. Auch die neue Landwirtschaftsschule, die Höhere Textilschule mit ihren vollkommenen Tuchweberei-Einrichtungen, das ehemalige Lehrerseminar sind eine Beachtung wert.

Wenn man so durch die schönen, breiten abwechselnd immer mit einer andern Baumart bepflanzten Straßen schlendert, denkt man gar nicht daran, daß man in einer tausendjährigen Stadt wandelt. Selbst in der alten „City“ sind nur ein paar wirklich alte Häuser zu finden. Da es früher noch keine Verkehrsmittel in unserem Sinne gab, dürften Feuerbrände der Grund für diese Entwicklung sein: in breiteren Straßen konnte man sie natürlich besser bekämpfen als in engen Gassen.

Mit seinen tausend Bänken gehört Cottbus zu den ältesten deutschen Städten. Im Jahre 980 soll Heinrich I. die Burg gegründet und dem am Burgberg entstandenen wendischen Marktsiedler Stadtrecht verliehen haben. Ein ewiges Rätsel wird der seltsame Name bleiben: Cottbus! Man hat es vom Wendischen, von Chotjo und Chotobud abgeleitet, 1156 erscheint die Lehnung Chotbus, und um diese Zeit ist es schon Lehnschloß des Markgrafen von Meißen. 1408 ward die Tuchmacherei gegründet; seitdem ist die Tuchmacherei einer der Haupterwerbszweige in Cottbus. Seine Tuche sind weltberühmt. Eine Reihe der modernsten und größten deutschen Webereien hat hier ihren Sitz. Neben dem Tuch gibt's noch ein paar andere Besonderheiten: Cottbuser Korn, Cottbuser Pflaumenkuchen und Cottbuser Weißel. Und nicht zu vergessen: Cottbuser Karotten! Der größte und bedeutendste deutsche Karottenmarkt wird alljährlich kurz vor Weihnachten in Cottbus abgehalten.

Was sonst zu sehen ist? Nun, da ist noch das Hotel Anstörfer, in dessen Frühstückszimmer man den hohen Lehnsstuhl festlich sitzt, auf dem Chamberlain das erste Glas Helles auf deutschem Boden zu sich nahm. Da ist ferner nicht weit davon der Kaiser-Wilhelm-Platz mit dem hübschen Haus, in dem Friedrich der Große verjährt wohnt, wenn er die Cottbuser Tuchwebereien und Kaufmannsbesprechungen inspiert, und ist schließlich noch die mächtige Anlage einer der größten deutschen Schokoladenfabriken, deren Besichtigung immer eine angenehme und — nebenbei gesagt — schmackhafte Angelegenheit ist.

Aber, wer nach Cottbus fährt, darf nicht vergessen: kaum eine halbe Stunde entfernt liegt der Park von Franitz, jene geniale Schöpfung des Grafen Vindler, der hier Bäume und Seen, Gebüsch und Hügel und Täler buchstäblich aus dem fahlen Boden stampfte! Außer dem etwas weiter entfernt liegenden Lustwälder Park gibt es etwas derartiges wohl kaum ein zweites Mal auf dem Kontinent. Stundenlang kann man ungehindert die stillen Wege wandern und sich immer aufs neue über die anmutigen Aussichten und Landschaften freuen. Der große Gartenkünstler, der diesen Park geschaffen hat, pflegte einst auf diesen Wegen in orientalischer Tracht mit einem Korymbos dahnzugehen. Ein seltsamer Tanz war es, trotz seines ungeheuren Wissens und seines unbegrenzten Willens. Das Merkmal gibt es auch im Franitzer Park schon, und die besten wärdigen Erdarbeiten, die eine inmitten eines Sees, die andere hoch auf einem Berge gekrönt von einem Güter. — Darüber sind die Vergleichen einer anderen fremden Welt! Und darinnen ruht er mit seiner Gemahlin.

Wer mehr Zeit hat, fährt mit der Spreewaldbahn nach dem größten See der Mark Brandenburg, dem Schloßlausee. Fast unberührt noch bieten sich seine gestirpften Uferwäldungen dem Wanderer dar. Oder man fährt in den richtigen Spreewald, nach Burg zum Rückgang oder nach Veltheim oder sonst irgendwohin. Abends ist man wieder in Cottbus und träumt über einen Glase See in Marzelle vor sich hin: 980-1980! Tausend Jahre Stadt, das wäre immerhin ein guter Grund zum fröhlichen Feiern! Aber die Cottbuser werden nicht feiern. Die Zeit ist zu ernst: Still nur wird man des Jubiläums gedenken.

Motorrad-Wandern!

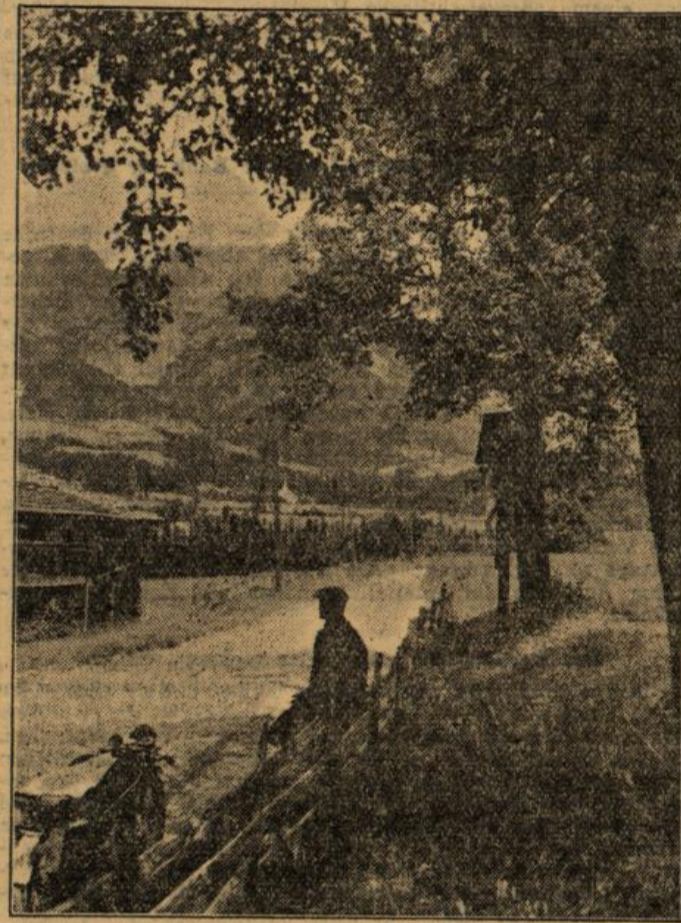
Motto: Das Wandern ist des Möllers Lust...

Ich kenne zwar oben genannten Herrn Möller nicht näher, nehme aber an, daß es sich dabei um einen begeisterten Motorradfahrer handelt. Denn Wandern und Motorrad gehören zusammen. Wer das Rad nur zu Berufszwecken benützt, oder sich nur um Stundenlohn bemüht, der weiß allerdings nichts von der großartigen Ebnese zwischen Technik und Romantik. Nur der, der das Motorrad ein Mittel ist zwischen seiner Person und der weitläufigen Welt, der kann sich als Motorradwanderer bezeichnen. Dem Wanderer ist die Ortsveränderung Selbstzweck, die Erreichung eines bestimmten Zieles kommt erst in zweiter Linie. Das ist ja

der Tierwelt, ein Gespräch mit Eingeborenen können tiefe Einblicke in die sozialen, wirtschaftlichen und ethnographischen Eigenheiten einer Gegend geben. Man muß zugeben, daß dem Motorradfahrer diese Möglichkeiten nicht im gleichen Maße offen stehen. Aber: Seine Art zu wandern ist nur anders, nicht aber etwa minderwertig, sondern im Gegenteil oft höherstehend. Sein Wissen von der Landschaft bedingt die großen Zusammenhänge auf. Er gleicht dem Studierenden, der an Hand von guten Auszügen sich über ein großes Wissensgebiet orientiert, während er sich für sein Spezialstudium in Einzelheiten einläßt. Dem Motorradwanderer stellt sich die Landschaft, auch bei längerer Wanderung als eine Einheit dar, dem Motorradfahrer als eine Reihe, und darin liegt der Reiz. Den Unterschied in den Bodenformen, in der Bodenkultur, in den landschaftlichen Laufwegen, in den Formeln einer Landschaft fühlt der am besten, der diese Beobachtungen in kurzen Zeiträumen hintereinander machen kann. Je geringer diese Unterschiede sind, desto mehr müssen sie zeitlich zusammengeklärt werden, um wahrgenommen zu werden. Je größer aber die Gegensätze, um so stärker wirken sie. Auf wen macht das Hochgebirge einen stärkeren Eindruck? Auf den, der in der Nacht mit dem Zug ankommt und sich am nächsten Morgen auf den Marsch macht, oder auf den, der sich aus der Tiefebene langsam heranarbeitet, der auf einmal einen blauen Höhenstreifen am Horizont erwidert, der sich nach und nach zum himmelstürmenden Gebirge entwickelt. Der eine nimmt das Gebirge mehr als etwas Gegebenes hin, dem anderen bedeutet die Fahrt eine atemtaubende Steigerung der Eindrücke, die Berge eine Krönung seiner Anstrengungen.

Freilich, es muß mit dem Herzen gefahren sein. Der, dem die Straße nur eine Zusammenstellung von Kurven und Warnungsschildern war, der sich nach einiger Zeit wohl an den Zustand der Straße erinnert, aber nicht mehr an die Landschaft, der ist ein Pengeinführer, aber kein Wanderer.

Und noch ein Ragelstück und Gummireifen, Eispickel und Lenkstange sollen keine Gegenstände sein, sondern Mittel, die dem Menschen die Natur erschließen. Anstrengung, Fußwanderungen sollten in jede längere Motortour eingeschaltet werden. Es ist dies eine Forderung der geistigen und körperlichen Erholung. Um die Weisensverfälschung des Fußwanderns und des Motorradwanderns darzulegen, sei auf ein etwas übertriebenes, aber im Prinzip völlig zutreffendes Beispiel verwiesen: Die Entdeckungsfahrten von Livingston und Stanley und ihren Nachfolgern und der berühmte Afrikaflug des schweizerischen Fliegers Mittelholzer.



Rast am Wege

schließlich auch beim Rennfahrer der Fall, jedoch fehlt diesem die Beziehung zur Landschaft, die er durcharbeitet. Das Wandern jedoch sei es zu Fuß oder auf dem Motorrad, ist keine physikalische, sondern eine geistige Angelegenheit. Somit müßten der beste Motorradfahrer und der beste Marschierer auch die besten Wanderer sein, was bestimmt nicht zutrifft. Die geistige Verarbeitung der Eindrücke einer Wanderung, die Erfahrung der durchlittenen Landschaft mit Gemüt und Verstand, das macht den Wanderer. Goethe und Eichendorff waren sicher bessere Wanderer als der Meisterschaftsfahrer Badenmeier.

Demjenigen, der die Geeignetheit des Motorrades als Wanderinstrument beurteilt, scheint obige Sätze ein neuer Beweis für seine Behauptung zu sein. Er wird sagen, daß die Schnelligkeit des Motorrades dem Führer nicht die Zeit läßt, das Gesehene zu verarbeiten, daß zudem nicht allzuviel von der Landschaft gesehen werde, da die Führung des Rades alle Aufmerksamkeit beansprucht. Dies trifft wohl bis zu einem gewissen Grade zu, doch können diese Nachteile leicht vermieden werden durch Wohlhalten in der Geschwindigkeit. Ueberprüfungen finden man auch bei anderen Sportarten. Es sei z. B. an Alpinisten erinnert, die jeden Tag einige Gipfel freieren nachziehen, die aber auch keine Wanderer im oben gekennzeichneten Sinn sind, da die körperliche Ueberanstrengung ihre geistige Aufnahmefähigkeit geschwächt hat. Nicht die Kilometer aber die bewältigten Höhenunterschiede sind das Entscheidende, sondern die Eindrücke, die im Fahrtverlaufe entstehen. Eine beschauliche Viertelstunde bei jedem schönen Fleck Erde muß der Motorradfahrer unter allen Umständen erbringen können, sonst gleich er jenem Rostkornbusfahrer der nicht sagen konnte, ob auf der vom ihm jahrelang befahrenen Straße Laubwald oder Nadelwald sei.

Wenn man dem Motorradfahrer Wandererqualitäten abspricht, so geschieht dies deshalb, weil man überieht, daß es zwei verschiedene Arten von Wandern gibt. Die eine Art geht in die Tiefe und dazu gehört das Fußwandern, die andere in die Breite, was nur mit einem schnellen Beförderungsmittel möglich ist. Das Fußwandern ist Detailstudium. Ein schöner Baum, ein altes Haus, ein Durchblick vom Waldesdunel auf eine Gebirgslandschaft können Momente reinen Genießens sein. Die Beobachtung



Auf dem Schauenland

Die Afrikaforscher brachten ein unförmliches Material aller Art über den dunklen Erdteil. Aber auf der Karte betrachtet, stellen ihre Entdeckungen doch nur einen winzigen Teil dieses Kontinents dar. Der Flieger Mittelholzer hat den Erdteil von Kongo bis Kapstadt durchquert. Er konnte aus eigener Anschauung nur wenig mitteilen über den Ursprung der großen Ströme, über die Völkerschaften, ihre Sitten und Religionen, über Völkergeschichte und klimatische Eigenheiten. Aber er hat einen Kontinent gesehen, die Forschungs Expeditionen dagegen verhältnismäßig kleine Landstriche. Der Flieger hat überall nur winzige Stichproben machen können, aber er kennt Afrika als eine Einheit die sich zusammenfügt aus Wüsten und Steppen, Urwäldern und Gebirgen begrenzt von Küsten an denen die Wogen des mittelländischen Meeres, des Stillen und des Atlantischen Ozeans branden. Führen wir dieses große Beispiel auf die vergleichsweise winzigen Verhältnisse einer Motortour zurück, dann haben wir eine klare Darstellung der Unterschiede. Auf der einen Seite: der große Ueberblick, die Erkenntnis der Zusammenhänge mit Hilfe eines technischen Werkzeuges, auf der anderen Seite das tiefere Eindringen in das Wesen der Landschaft, aber ohne Kenntnis des Verhältnisses des durchwanderten Landstriches zu seiner weiteren Umgebung. In einer mehr oder weniger engen Kombination dieser beiden Wanderarten, in einer Interessengemeinschaft zwischen Gummireifen und Ragelstück wird wohl der größte Gewinn liegen.

Was soll aus dem Ehrenbreitstein werden?

Man schreibe uns:

Einer der schönsten, merkwürdigsten und denkwürdigsten Berge am Rhein: Die alte Feste Ehrenbreitstein ist von der Belagerung frei. Eine ganze Anzahl von Gebäuden bedeckt Hang und Gipfel, die alte kaiserliche Festung, ein schönes Paradies, zuletzt als Kaserne benutzt, steht in ihrem Ruh.

Was soll aus dem werden? Wird man auf den Gedanken zurückkommen, das Nationaldenkmal für die Gefallenen dort zu errichten? Er wurde von Geschichtsinteressenten in Bonn und Straßburg kopiert. Dann aber wurde es still um diesen Plan. Möge er weiter ruhen und die Nation nicht wieder auseinanderreißen.

Oder wird man sich an den Vorschlag des Parlaments rheinischer Richter annehmen, die auf ihrer Sitzung in Frankfurt dazu aufriefen: ein Haus des Friedens auf dem Ehrenbreitstein einzurichten, in dem sich die Vertreter aller dem Rhein anwohnenden Völker

zu friedlicher Zusammenarbeit in Kunst und Wissenschaft finden und darüber hinaus auf die Weise in gemeinsamer Aussprache das Verständnis unter den Völkern fördern sollten?

Was soll werden? Wird man eine neue Lebenswürdigkeit für Vereine und Ausländer da ober schaffen? Eine Rummelplatz für rheinischen Kurmehret, mit Restauration, Kaffeehaus und Schießbuden? Uns dünkt der lauten Rufe am Rhein werden übergenug geteilt. An Plänen und Gegenheiten wozu recht es nicht.

Was aber bleibt zu tun? Uns scheint, man sollte zunächst daran denken, den Unglücklichsten im eigenen Volk zu helfen, man sollte den Kriegswaisenden hier eine Stätte der Ruhe und Erholung schaffen. Dies wäre die schönste Ehrung für die Toten, und zugleich ein Dank für die noch lebenden Opfer des Krieges, und der Plan brauchte den Vorschlag der Richter keineswegs auszuschließen; vielmehr scheint uns im Gemeindebezirk dieser Männer, die im Kriege mit all seinen Schrecken wirklich dabei waren, der rechte Platz, um das Werk des Friedens zu fördern.

Jakob Kneip.

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Immer noch falsche Vorstellungen

In Berlin hat eine Sitzung des Reichsausschusses des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände stattgefunden, die eine Denkschrift zur Steuer- und Lohnpolitik gebilligt hat. Das ganze Finanzprogramm des ehemaligen sozialdemokratischen Reichsfinanzministers, Genossen Hilferding wird darin wenigstens theoretisch über den Haufen geworfen. Es wird gefordert Differenzierung der Höhe des einkommensteuerfreien Betrages (sodas also bei höheren Einkommen die ersten 1200 Rm. nicht mehr ganz oder teilweise steuerfrei bleiben), Senkung der Umsatzsteuer usw. Als Ausgleich wird geboten: Erhöhung der Erbschaftsteuer (Steuerpflicht beim Gattenerbe), keine Ermäßigung der Aufbringungslast der Industrieobligationen, Einführung einer Verbrauchseinkommenssteuer u. a. m.

Die erschütternden Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer über die Finanzlage des Reiches haben jede Hoffnung auf Steuererleichterung vernichtet und lassen im Gegenteil die Gefahr einer neuen Steuererhöhung als nicht unwahrscheinlich erscheinen. Würden dann die oben genannten Wünsche in die Tat umgesetzt werden, dann würden nur wieder die Steuern erhöht werden, die speziell den Unternehmer treffen, worunter man nicht nur die Kohlen- und Eisenkönige, sondern auch die kleinen Geschäftsleute zu verstehen hat. Bei dem politischen Einfluß, den der oben genannte Reichsausschuß hat, ist diese Gefahr gar nicht als gering einzuschätzen.

In der Entscheidung über wirtschaftliche Fragen und insbesondere über Steuern wird es immer Parteien mit entgegengesetzten Interessen geben und es handelt sich darum, die gegensätzlichen Interessen auf einer mittleren Linie auszugleichen, sodaß Vorteile und Nachteile gleichmäßig verteilt werden. Etwas anderes aber ist es, wenn es sich nicht darum handelt, von dem gemeinsamen Kuchen, genannt Volkseinkommen, einen möglichst großen Teil zu ergattern, sondern wenn die Forderungen nur dazu beitragen, diesen gemeinsamen Kuchen zu verkleinern, sodaß beide Teile geschädigt werden, ohne daß wenigstens die Opfer des einen Teiles den Gewinn des anderen bedeuten. Die Gefahr für die Allgemeinheit wird also dann riesengroß, wenn auf Grund wirtschaftlicher Fehlschlüsse Maßnahmen getroffen werden. Ein solcher immer wiederkehrender Fehlschluß aber ist es, wenn in der Denkschrift des Reichsausschusses u. a. noch verkündet wird, daß verstärkte Kapitalbildung notwendig sei, daß es aber „allen Erfahrungen widerspreche, daß Kapitalbildung innerhalb der Unternehmungen der kürzeste und sicherste Weg sei. Eine wahllose Konsumbeschränkung sei eben so gefährlich, wie eine knappe Kapitalbildung... Die Notwendigkeit der Erhaltung der inneren Kaufkraft verpflichtet die Arbeiter, jede Verminderung des Reallohnes mit allen Mitteln zu verhindern“. Man ersieht aus der Stellungnahme der Gewerkschaften, daß sie immer nur an die Verbesserung des Einkommens der in Arbeit stehenden denken, nicht aber des Einkommens der Gesamtarbeiterschaft. Zu dieser gehören aber auch die Arbeitslosen und Ausgesteuerten, die rund 2,5 Millionen zählen. Berechnet man den Einnahmefall eines Arbeitslosen, nach Abzug der Unterstützung, nur mit 80 Rm. monatlich, so ergibt sich insgesamt eine Mindereinnahme von rund 200 Mill. Rm. monatlich. Diese dadurch hervorgerufene Konsumbeschränkung bildet die ständige Klage des Handels. Glaubt man nun wirklich, daß durch Lohnsteigerungen die Zahl der Arbeitslosen vermindert wird. Es dürfte doch wohl das genaue Gegenteil der Fall sein, denn bei den allermeisten Betrieben halten sich Einnahmen und Ausgaben so knapp die Wage, daß eine Lohnsteigerung unweigerlich Betriebsbeschränkungen zur Folge hat. Es hat gar keinen Zweck, hier mit philosophischen Betrachtungen zu kommen. Der Rechenstift hat mehr Macht.

Die Steigerung der Gesteuerungskosten ist natürlich in der Hauptsache eine Folge der übermäßigen Steuerbelastung. Dieser kann aber eine einzelne Unternehmung von sich aus nicht ausweichen. Es bleibt dann meistens nur eine Betriebsvereinfachung übrig. So legt jetzt, um nur badische Beispiele zu nennen, die Firma Mez A.-G. in Freiburg ihre Filialbetriebe in Löfingen, Birkendorf, Schwandorf, Liptingen, Emmingen, Schweningen still und übernimmt deren Erzeugung auf den Freiburger Betrieb. Diese Konzentrationsbewegung bzw. Stilllegungsbewegung setzt in der Industrie um so stärker ein, je höher die Unkosten werden. Lohnerhöhungen haben also leider in vielen Fällen nur den Erfolg, daß eine Einkommensverschiebung innerhalb der Arbeiterschaft eintritt. Die einen erhöhen ihr Einkommen, ein anderer kleinerer Teil wird arbeitslos und verliert an Einnahmen. Die Zahl der letzteren ist zwar geringer, ihr Einkommensverlust pro Kopf ist aber größer als die Steigerung bei den in Arbeitbleibenden. Je schärfer kalkuliert werden muß, desto weniger erfüllen Lohnsteigerungen ihren Zweck, die Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft zu verbessern, sondern sie bewirken in vielen Fällen das Gegenteil.

Man könnte nun ja allerdings einwenden, daß die Löhne seit 1924 ganz bedeutend gestiegen seien, ohne daß entsprechende Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Das stimmt erfreulicherweise. Seit Schluß der Inflation sind die Löhne für gelernte Arbeiter um 82,4 Prozent, für ungelernete, um 80 Prozent, gestiegen. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß einmal die Löhne kurz nach der Inflation tatsächlich zu niedrig waren und daß andererseits seit 1924 ein Aufschwung eingesetzt hat. Deutschland ist es gelungen, die Verwüstungen von Krieg und Inflation wenigstens zu einem Teil zu überwinden. Nimmehr aber befindet sich die Wirtschaft auf dem absteigenden Ast, wie allein schon die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt wöchentlich um 90000 zunimmt, beweist.

Wirtschaftsschau

Der Zusammenbruch der Holzfirma A. Buchert, Hardenburg.

Der am Montag-nachmittag in Mannheim stattgefundenen Gläubigerversammlung wurde zunächst der Status der Firma Buchert per 1. Januar 1930 unterbreitet. Darnach stehen 413843 Rm. Gläubigerforderungen ohne Vorrecht 104338 Rm. freie Aktiven gegenüber, so daß die Gläubiger mit ca. 15-16 Prozent zu rechnen hätten. Nicht berücksichtigt ist jedoch eine Forderung der Bayerischen Staatsbank von 60000 Mark Holzgeldkredite und 50000 Mark Zinsen, auf die das Institut im Vergleichsfalle zu verzichten gewillt ist. Aus dem Status sind erwähnenswert, daß die Kundenaufstände 148715 Rm. betragen, nach Abzug der faulen Kunden 136358 Rm. — Justizrat Dr. Baumann gab Aufschluß über die Ursachen des Zusammenbruchs. 1923 war noch ein Vermögen von 537000 Mark vorhanden. Durch den passiven Widerstand und vor allem durch die im Interesse der Erhaltung des Pfälzerwaldes vorgenommenen Waldkäufe verringerte sich das Vermögen ganz erheblich; sodaß schließlich die Firma Zahlungseinstellung vornehmen mußte.

Die Aussprache über den Status, der von verschiedenen Seiten beanstandet wurde, gestaltete sich sehr erregt. Auf Aufforderung gab Herr Buchert seine Bereitwilligkeit bekannt, die Gläubiger mit 30 Prozent zu befriedigen und zwar in der Weise, daß die Schuld in Halbjahresraten ab 1. Oktober 1930 abgetragen wird. Ein Gläubigerausschuß soll nochmals eingehend den Status prüfen. Schließlich wurde eine Entscheidung gefaßt, nach der die Gläubigerversammlung sich bereit erklärt, unter Vorbehalt, daß 30 Prozent Mindestquote gewährt werden, einem außergerichtlichen Vergleich zuzustimmen. Außerdem erklärt sich die Gläubigerversammlung bereit, daß aus ihren Reihen kein Konkursantrag gestellt wird. Schließlich soll die Bayerische Staatsbank ersucht werden, auf ihre Ansprüche zu verzichten, da sie sich zum Teil aus Zinsgewinnen zusammensetzen.

Stürmische Gläubigerversammlung der Bank für deutsche Beamte Berlin.

Die erste Gläubigerversammlung der Bank für deutsche Beamte, die im Großen Schauspielhaus abgehalten wurde, gestaltete sich sehr stürmisch. Etwa 600 Gläubiger konnten keinen Einlaß finden, da das Schauspielhaus wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt wurde. Zwei Bereitschaften der Schupo hielten die Ordnung vor und im Schauspielhaus aufrecht. Die Außenstehenden zerstreuten sich bald, als bekannt wurde, daß die Verhandlung auf einen späteren Termin verlagert werden sollte. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Herr, beantragte sofort bei der Eröffnung unter allgemeinem Protest, mit Rücksicht auf die nicht anwesenden Gläubiger, die Verhandlung zu vertagen. Es wurden nur der Bericht des Vertrauensmannes, Konkursverwalter Nötzel, entgegengenommen und einige Ausführungen für und gegen den Konkurs gehört. Die Verhandlung wurde um 1/11 Uhr auf den 17. Februar, vormittags 10 Uhr, verlagert. Als Verhandlungsraum wurde die Neue Autobahn der Ausstellungshallen am Kaiserdamm bestimmt.

Das Emelkapaket soll wieder verkauft werden.

Den Kauf der Aktienmehrheit der Emelka — Münchener Lichtspielkunst-A.G. — durch das Reich haben wir wiederholt im politischen Teil besprochen, zuletzt in Nr. 40 vom 10. Februar. Bei einem tatsächlichen Wert der Aktien von etwa 50 Prozent hat das Reich den ungeheuerlichen Preis von 130 Prozent bezahlt. Nunmehr wird von zuständiger Seite bestätigt, daß von einer amerikanischen Gruppe, der Radio-Corporation, ein „äußerst günstiges“ Angebot zum Kauf der Emelka-Aktien des Reiches vorliegt. Gleichzeitig soll auch noch eine Reihe weiterer Angebote eingegangen sein.

Die Bestrebungen des Reiches, das Aktienpaket wieder los zu werden, dürfte nicht zuletzt auf die scharfe Kritik des Zentrums zurückzuführen sein. Was man unter einem „äußerst günstigen“ Angebot“ versteht, wird nicht mitgeteilt. Schwere aber dürften die neuen Reflektanten einen ebenso großzügigen Preis zugestehen, wie das Reich den vormaligen Besitzern.

Gläubigeraussichten in badischen Vergleichsverfahren. In dem für den 18. Febr. anberaumten Vergleichsverfahren für die Handels- und Gewerbebank Karlsruhe wird nach der Frankfurter Zeitung ein Vergleichsvorschlag erwartet, der auf stille Liquidation lautet, bei der Eisenhandlung Ettlinger & Wormser, Karlsruhe, ist eine Quote von 60 bis 65 Prozent vereinbart, bei der Metallgroßhandlung Rosenfeld & Co., Karlsruhe, wird eine solche von 40-45 Prozent erwartet, bei der Holzfirma Katz & Klumpp, Gernsbach, die eventuell in eine Aktiengesellschaft umgeändert werden soll, ein Liquidationsvergleich, zu dem die Gläubiger noch Stellung nehmen müssen.

Vergleichsverfahren Eisenwerke Gaggenau. Im heutigen Termin vor dem Amtsgericht Rastatt im Vergleichsverfahren der Eisenwerke Gaggenau A.-G. in Gaggenau wurde der neue Vergleichsvorschlag mit überwiegender Mehrheit angenommen. Die bisher vorgesehene Befriedigung der beteiligten Gläubigern mit 20 Prozent in bar und 80 Prozent in neuen Aktien bleibt unverändert, jedoch soll die Zahlung der vierteljährlichen Barquoten erst am 1. Juli 1930 beginnen. Die Bestätigung des Vergleichs erfolgt in den nächsten Tagen. Der Betrieb des Unternehmens (soweit man von einem solchen sprechen kann) wird in bisherigen Umfang weiter geführt.

Konkurs. Badische Qualitäts-Frisch-Ei-Verwertungsgenossenschaft Rheinbischheim, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Rheinbischheim. — Fa. Albert Westermann u. Co., Baden-Baden.

Vergleichsverfahren. Gemüsehändler Friedrich Pfeiffer in Radolfzell.

Börsen

Berlin, 11. Febr. Die ersten Kurse neigten bei völliger Geschäftstagnation eher zur Schwäche. Nur ganz vereinzelt waren aber Abweichungen über 1 Prozent gegen den gestrigen Schluß festzustellen. Reichsbank und Deutsch-Atlanten verloren 2 bzw. 2 1/2 Prozent, in Farben (— 1/4 Prozent) kam etwas Material heraus. Auf der anderen Seite gewannen Holzmann auf die Möglichkeit einer 1-prozentigen Dividendenerhöhung 1 1/2 Prozent. Dessauer Gas, bei denen man hofft, daß die Liquidationsberatungen zu einer größeren Entschädigung führen werden, zogen 1 Prozent an. Auch Svenska gewannen 1 M. Im allgemeinen gestaltete sich die Kursfestsetzung recht zufällig. Auch im Verlaufe konnte sich kein Geschäft entwickeln, besonders da die Spekulation infolge der Etatsberatungen im Reichstag größte Zurückhaltung übte. Dessauer Gas und Svenska lagen auch weiterhin stärker beachtet, sie gewannen bis zu 1 Prozent. Demgegenüber verloren Chade, Bergmann, Siemens und Dtsch. Waffen bis zu 2 Prozent. Akkumulatoren blühten im Verlaufe ca. 3 Prozent ein, bekanntlich ist bei dieser Gesellschaft mit einer Dividendenreduktion zu rechnen. Auch Adca geben im Verlaufe auf die Meldung einer voraussichtlichen

Kreditbedarf u. Sparspfennig

Das Jahr 1929 hat mit einer erschreckenden Deutlichkeit gezeigt, daß eines der Hauptbedenken, an dem die deutsche Wirtschaft in allen Zweigen krankt, die unzureichende Kapitalbildung ist. Wohl kann die Einlagenentwicklung bei den öffentlichen Sparkassen trotz der schweren wirtschaftlichen Zeiten erfreulich genannt werden. Aber trotzdem blieben wir auf die teuere Kredithilfe des Auslandes angewiesen, trotzdem hielten sich die Zinsen, die einen zuverlässigen Gradmesser für den Stand unserer Kapitalversorgung bilden, auf hohem Stand. All dies hat erfreulicherweise dazu beigetragen, daß man jetzt in weitesten Bevölkerungskreisen erkannt hat, daß uns auf die Dauer nur eine ausreichende Kapitalbildung im Inland helfen kann. Der Sparspfennig ist daher heute wieder zur Ehre gekommen und es wird von den verschiedensten Arten von Kreditinstituten, die ihm früher keine Bedeutung zugemessen haben, um ihn geworben. Gerade diese Tatsache hat aber auch die sehr wichtige Wirkung, daß der Sparer in der Gegenwart nicht mehr unbeschen sein Geld jeder beliebigen Stelle zur Verwaltung übergibt, sondern — abgesehen von der Sicherheitsfrage, die erklärlicherweise stets im Vordergrund steht — sich auch Gedanken darüber macht, in welcher Weise das Spargeld zu Kreditzwecken Verwendung findet. Es liegt daher nahe, daß der alte Grundsatz der öffentlichen Sparkassen, das bei ihnen zusammenströmende Sparkapital der örtlichen Wirtschaft und zwar insbesondere ihren schwächeren Teilen als Kredit zuzuführen, heute ganz besonders anerkannt wird. So wichtig es ist, daß überhaupt Kapital bei uns gebildet wird, so wichtig ist auch die Frage, an welche Bevölkerungs- und Berufsgruppen der Sparspfennig in Kreditform weitergegeben wird. Es läßt sich bereits beobachten, daß nenerliche Bestrebungen, das Sparkapital in großen zentralen Finanzbecken zusammenzuziehen, deshalb auf psychologischen Widerstand stoßen, weil man sich bewußt ist, daß das leicht zu einer Verschlechterung der Kreditmöglichkeiten der örtlichen Wirtschaft führen kann. Es wird daher noch viel mehr als seither dahin kommen, daß die Sparer bei der Anlegung ihrer Gelder sich die Frage stellen, ob und wie sich das Institut, dem sie ihr Geld anvertrauen, um die Interessen der Sparer schichten kümmert.

Kürzung der Dividende ca. 1 Prozent gegen gestern nach. Anleihen weiter abbreckelnd, Ausländer geschäftslos, Österreich. Werte nachgebend: Pfandbriefe ruhig und schwächer.

Berlin, 11. Febr. Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 Prozent auf 5 1/2 Prozent ermäßigt.

Berliner Devisennotierungen

Geldkurse		Geldkurse			
	10.2.	11.2.	10.2.	11.2.	
Buenos-Aires	1.603	1.608	Jugoslawien	7.870	7.870
Kanada	4.148	4.154	Kopenhagen	111.90	111.90
Japan	2.036	2.036	Reykjavik	91.81	91.81
Kairo	20.885	20.87	Lissabon	18.79	18.78
Konstantinopel	1.918	1.918	Oslo	11.70	11.72
London	20.347	20.351	Paris	16.38	16.38
New York	4.1835	4.1850	Prag	15.884	12.885
Rio de Janeiro	0.478	0.468	Schweiz	80.735	80.735
Uruguay	3.646	3.646	Sofia	8.027	8.027
Amsterdam	167.83	167.85	Spanien	64.50	64.20
Athen	5.41	5.41	Stockholm	112.21	112.21
Brüssel	88.28	88.285	Wien	58.59	58.92
Budapest	73.11	73.14	Zukarest	2.489	2.489
Danzig	81.83	81.83	Ryga	80.57	80.57
Helsingfors	10.518	10.521	Tallinn	111.45	111.45
Italien	21.90	21.91			

Frankfurt a. M., 11. Febr. Die Stimmung war an der Abendbörse durch den anhaltenden Ordremangel weiter gedrückt. Infolge der Umsatzlosigkeit kamen Erntnotenierungen kaum zustande. Gegenüber dem Berliner Schluß waren die Veränderungen nur sehr gering. Angebot war kaum vorhanden. Dresdner Bank und Hapag konnten leicht anziehen, dagegen eröffneten Siemens 1 1/2 Prozent schwächer. L. G. Farben lagen knapp behauptet. Am Rentenmarkt waren Türken auf die Bekanntgabe der türkischen Antwort an den Verwaltungsrat der Dette Ottomane weiter schwach veranlagt. Der französische Franken notierte amtlich 16,403.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 11. Febr. Weizen, märk. 237 bis 240, März 252,50—254,50, Mai 264—265,50, Juli 274,50, Roggen, märk. 159—163, März 175—175,75, Mai 184, Juli 183,75—184,25, Braugerste 160—170, Ind- und Futtergerste 138—137, Hafer, märk. 123—123, März 139, Mai 147—146—147, Juli 151,75, Weizenmehl: 28,25—35,25, Roggenmehl 21,25—25, Weizenkleie 7,75—8,50, Roggenkleie 7,75—8,25, Viktoriarbren 22—29, Kleine Speiseerbsen 20—22, Futtererbsen 16—17, Peluschken 16,50—18,50, Ackerbohnen 16,50—18,50, Wicken 18,50 bis 23, Lupinen, blaue 13—14, dito, gelbe 16,50—17,50, Seradella, neue 23—28, Rapskuchen 16—16,40, Leinkuchen 19,80—20, Trockenschnitzel 6,60—6,80, Soyaextraktionsschrot 13,80—14,60, Kartoffelflocken 13—13,50, Raubfutter: drahtgepr. Roggenstroh 1,15—1,40, dito, Weizenstroh 1,10—1,30, dito, Haferstroh 1—1,20, dito, Gerstenstroh 1—1,10, gebund. Roggenlangstroh 1,20—1,40, bindfadengepr. Roggenstroh 0,95—1,15, dito, Weizenstroh 0,85—1, Häcksel 1,75—1,95, handelsübl. Heu, gestrocknet 2—2,40, gutes Heu (erster Schnitt) 2,70—3,20, Thymotte, lose 4—4,40, Kleeheu, lose 3,90—4,30, drahtgepr. Heu in Pfg. über Notiz 40 Pfg.

Berliner Metallbörse vom 11. Febr. Elektrolytkupfer 170,25, Raffinadekupfer, loco 151—153, Standardkupfer, loco 137,90 bis 140, Standard-Blei per Febr. 41,50—42, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 60—63, Silber in Barren ca. 1000 fein per kg 60—62, Gold-Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin-Freiverkehr per 10 Gramm 6,50—8,50.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 10. Febr. Aufgetrieben waren 526 Tiere und zwar: 10 Ochsen, 15 Kühe, 41 Rinder, 17 Farten, 15 Kälber, 428 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 7 Stück Großvieh, 13 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 52—54, b 48 bis 52; Farten a 52, b und c 50—48; Kühe b und c 40—25; Rinder a 53—55, b 50—52; Kälber b 75—80, c 72—75; Schweine b 79—82, c 79—82, d 79—81. — Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Karlsruher Nachrichten

Mittwoch, den 12. Februar 1936

Intermezzo am Bahnhof

Am Hauptbahnhof fährt ein Taximeter-Auto vor. Der Chauffeur springt aus dem Wagen und öffnet dem Fahrgast die Tür. Zwei schwere Koffer heraus, und jetzt steigt der Fahrgast aus. Er auf den ersten Blick etwas auffallend erscheinender Mann. Sein ganzes Aussehen verrät sofort den nervösen Charakter. Er endlich wieder einmal aus seinen vier Wänden herauskommt, in diesem Falle für längere Zeit, denn er geht wieder in die Wohnung. Zunächst ist der gute Herr furchtbar aufgereggt, da er für gewöhnlich nur kleinere Ausflüge zu unternehmen pflegt und schon hierfür ungeheure Vorbereitungen treffen muß. Der Herr steht nun mit seiner ganzen Ausrüstung auf dem Bahnhof. Unruhig sucht sein Blick den Bahnhofspass ab. Da, endlich hat er's gefunden. Ein Wirt. Zwei Gepäckträger, die ihn natürlich schon längst bemerkt haben, erscheinen und bewachen sich je mit einem der großen schweren Koffer. Und jetzt gehen sie zusammen wie der Wind in die Bahnhofshalle, obwohl der Zug erst in zwanzig Minuten geht. Das Bemerkte, auf dem Bahnhof zu sein, regt den guten Herrn schrecklich auf. „Ist wollen Bahnsteig solle mir denn die Koffer hinführen?“ fragt einer der Dienstmänner.

„Ja, so lassen Sie mich bitte in Ruhe, ich muß doch erst meine Koffer lösen; wo ist denn nur gleich der Schalter?“

„Grab' dort drüben!“ — „Wo? Wollte Sie denn eigentlich fahren?“

„Nach Donaueschingen natürlich.“

Der Herr rennt an den gerade freien Fahrkartenschalter; die Gepäckträger warten an der Sperrre.

„Bitte eine Fahrkarte nach Donaueschingen über Freiburg.“

„7 Mark 80“, spricht der Beamte mit kräftiger Stimme.

„So, man fährt denn eigentlich der Zug?“

„12 Uhr 35.“

„Danke schön.“

„Wo hab' ich nur gleich mein Portemonnaie?“

„Nun, suchen Sie sich eine ganze Menge Leute am Schalter an.“

„Mache Sie doch 'n bißle vorwärts da vorne, gnädiger Herr!“ ruft einer aus der Menge, mir wolle doch 'n noch unsere Fahrkarte hole.“

„So eine Unverschämtheit, man wird doch noch höflich um Auskunft bitten dürfen!“ Der Herr hat nun endlich seinen Geldbeutel gefunden und fragt den Beamten:

„Also 7 Mark 80 sagten Sie doch vorher, nicht wahr?“

„Ja.“

Er zählt lauter Einmarkstücke auf das Schalterbrett: „Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Mark und achtzig Pfennige.“

„Stimmt.“

„Wann werde ich in Freiburg sein?“

„16 Uhr 15.“

„Und in Donaueschingen?“

„19 Uhr 28.“

„Danke sehr, aber ich möchte in Freiburg die Fahrt unterbrechen, um meine Verwandten zu besuchen; könnte man da eventuell einen günstigen Anschluss bekommen?“

„O ja, der nächste Zug fährt 18 Uhr 37 in Freiburg weg, also 2 1/2 Stunden Aufenthalt.“

„Sehr gut, wann bin ich dann in Donaueschingen?“

„Um 11 Uhr 46.“

„Um Gottes Willen, nein, nein, das geht auf keinen Fall.“

„Wieder ruft einer aus der Menge: „Wie lang solle mir denn eigentlich noch warten, Sie sind doch net allein da, Sie?“

Der Herr will wieder eine Antwort geben, aber vor lauter Lärm bringt er sein Wort heraus; er nimmt seine Fahrkarte und wendet sich zum Gehen, natürlich nach der falschen Seite.

„Hier ist der Ausgang, dort drüben“, erklärt's aus vielen Reihen. Er muß nun wohl oder übel nach der anderen Seite abgehen.

„Welch eine Frechheit“, ruft er noch und rennt eiligst an die Sperrre, dort stehen noch immer die Gepäckträger, die nun schon bald eine Viertelstunde warten. Der Herr läßt seine Fahrkarte knippen und fragt:

„Auf welchem Bahnsteig fährt der Zug nach Freiburg?“

„Bahnsteig II.“

„Mit Wendeleit geht's nun nach dem Bahnsteig II. Schon hat er die Ausgangstreppe erstiegen und fragt den Auskunftsbearbeiter:

„Auf welcher Seite, aber vielmehr auf welchem Geleise fährt der Zug nach Freiburg?“

„Mit welchem Zug wollte Sie denn überhaupt fahren?“

„So um 12 Uhr 35 herum, wenn ich mich recht erinnere.“

„Der fährt alleweil grab' do vorne zur Hall' raus.“

„Allmächtiger.“ — — —

Fritz Rössler.

Die Polizei meldet

Unfall.
In der Steinstraße kam vorgestern ein verheirateter Bläser von hier zu Fall und zog sich dabei eine blutige Wunde über dem linken Auge zu. Die Polizei legte ihm einen Notverband an und brachte ihn zum Arzt.

Diebstähle.
Ein Hülfserwerbnehmer zeigte an, daß ihm in den letzten Tagen aus seiner Farm im Weidmühlweg etwa 16 geschlechte Hühner im Werte von 120 Mark gestohlen worden seien. Derselbe Besitzer wurde durch einen Tagelöhner um 50 Eier im Wert von über 7 Mark betrogen.

Einem Kunstschüler wurden am Sonntagabend in einer Wirtschaft in der Rheinstraße aus seinem Mantel ein Schal und ein Paar Lederhandschuhe im Wert von 27 Mark gestohlen.

Aus einem Garten im Dammertsdorf wurden die halbe Gartenlaube und Geräte im Gesamtwert von 30 Mark entwendet.

Verhaftung.
Die Jugendpolizei nahm einen ledigen 18 Jahre alten Bader aus Mannheim am hiesigen Hauptbahnhof fest, den am Samstag ein Fahrrad im Wert von 80 Mark zum Preise von 5 Mark an einen hiesigen Handwerker verkauft hatte. Der Bader konnte sich über den rechtmäßigen Erwerb des Rades nicht ausweisen und gab schließlich zu, daß er es am 7. Februar in Heidelberg in der Nähe des Diamantplatzes entwendet hatte. Wegen Raubverbrechens wurde er ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Außerdem wurden neun Personen wegen verschiedenen strafbaren Handlungen festgenommen.

Verquälerei.
Ein junger Mann gelangt wegen Verquälerei zur Anzeige, weil er am Sonntag ein junges Schaf, das sich in ein Fußballspiel in der verlängerten Gortzstraße verlaufen hatte, zum Bergarnis der Zuschauer durch Fußtritte mißhandelte.

Todesfall. Im Alter von 28 Jahren starb in der Nacht in Diensten der einzige Sohn des großen Malers Wilhelm Schöberl, Jörg Schöberl. Der Verstorbene war einer der besten Maler der österreichischen Kunst.

Verkehrsunfälle

Am Montag vormittag stießen Ede Sofien- und Wladimirtrasse zwei Diesellokomotiven zusammen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Der Schaden beträgt insgesamt etwa 200 Mark. Einer der Fahrer hatte das Vorfahrtsrecht außer Acht gelassen und war überdies unvorsichtig und zu schnell gefahren.

Ein Personkraftwagen, dessen Fahrer in der Wladimirtrasse aus Unachtsamkeit die verkehrte Straßenseite einhielt, stieß mit seinem Fahrzeug auf einen aus der Viktoriatrasse kommenden Personkraftwagen. Es gab auf beiden Seiten erheblichen Sachschaden. Außerdem wurden der schuldige Fahrer und sein Beifahrer durch Glassplitter im Gesicht leicht verletzt.

In der Durlacheralle fuhr der Fahrer eines Personkraftautos aus Unvorsichtigkeit einen Baum um.

Am die Mittagszeit wurde in der Kaiserstraße eine Radfahrerin von einem Radfahrer beim Ueberholen angefahren und vom

Unser Bilderdienst

In unserer Filiale Kaiserstraße 126 sind ab heute folgende Bilder ausgestellt: Eine interessante Wette — Die Amerika, die England — Schmelzung der deutsche Weistherger, als Pflanzler in einem Vogelpark — Früh über sich — Der Weltmeister im Eislaufen 1929, Gills Graffström, steht sich vom Eisport zurück — Von der „Grünen Woche 1930“ in Berlin — Wien hat eine Damen-„Köder“-Mannschaft — Aus dem Reiche des Prinzen Karneval: Bilder vom vorjährigen Rosenmontagszug in Köln — „Wie die Alten tungen“ — „Schwellköpfe“ — Karnevalstreiben überall — Raubüberfall auf ein Bauerngehöft — Der Königsberger Gemälde, Prof. Dr. Jangemeier — Wechsel beim „Reichsgericht“ der U.S.A. (Lark-Doghes) — Ritzredentmaler — Seimwehren-Aufmarsch in Wien —

Rad gemorfen. Sie erlitt erhebliche Abschürfungen am Antie und am linken Handgelenk.

Am Montag nachmittag fuhr in der Kapellenstraße vor dem Hofbahnhof der Fahrer eines Personkraftwagens auf den Fahrer eines Handwagens zu. Dieser erlitt eine leichte Fleischwunde an der linken Hand. Der Kraftwagen wurde leicht beschädigt.

In Durlach stieß Ede Schloß- und Hauptstraße ein Pferdewagen, dessen Fahrer in verkehrswidriger Weise die Ede nahm, mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Zum Glück wurde nur das Fußpedal beschädigt, weil der Straßenbahnfahrer noch im letzten Augenblick elektrisch bremsen konnte.

Während am Montag nachmittag ein Motorradfahrer durch die westliche Kriegsstraße fuhr, sprang ihm in der Nähe der Viebigstraße plötzlich ein großer Hund in die Radspuren hinein. Er kam zu Fall, verlor sich das linke Antie und zog sich Hautabschürfungen zu. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

(1) **Kreuzfahrt-Sammlung 1936.** — Dem Badischen Landesverein vom Regen-Kreis in Karlsruhe und seinen Zweigvereinigungen wurde die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am Sonntag, 1. Juni, im Anschluß an den Kreuzfahrttag eine öffentliche Sammlung durch Straßenverkäufe, Konzerte, Verkauf von Blumen, Dörries und ähnliche Werbeanstaltungen zugunsten der Aufgaben des Roten Kreuzes durchzuführen. Zu etwaigen Sammlungen von Haus zu Haus ist die besondere Erlaubnis des zuständigen Bezirksamts einzuholen.

Hat das Winterwetter Bestand?

Die neuesten Wetterprognosen und Berichte der Wetterwarten dürften alle diejenigen, die in der verspätet eingetroffenen Winterwitterung eine Wiederholung der letztjährigen harten Kälte befürchteten, beruhigen, andererseits für die Befürchtungen der Winterportler einen Vermutungsregen in deren sportfreudigen Stimmung bedeuten. Jedenfalls scheint nach allem, namentlich nach der neuerlichen Aufbruchgestaltung schon ein gewisser Abbau der Kälte im Gange zu sein.

Was gab es am Dienstag früh noch bereinigte und immerhin respektable Fröste, insbesondere in den engen Tälern unseres hohen Schwarzwaldes. Im Hüllental, im Gebiet der Dreieisenbahn und im hinteren Todmoger Talgebiet wirkte sich die Wärmeausstrahlung bei starker Nacht und hoher Schneedecke erst richtig aus, wobei in der Morgendämmerung vielerorts 14—15 Grad Kälte verzeichnet wurden. Diese kräftige Kälte in den Hochtalern, die, wie man im Schwarzwald zu sagen pflegt, „von den hohen Bergen herunterkommt“, ließ die verschiedenen Wetter- und See mit einer mehr als zehn Zentimeter harten Eisdicke beglücken, wobei nunmehr auf allen ruhenden Gewässern des Gebirges je h r g n t i g e E i s l a u f v e r h ä l t n i s s e vorhanden sind.

In Karlsruhe und den übrigen Orten der Rheiniederung hat sich der Frost gemildert; tagsüber ist es sogar schon wieder zu Wärmegrade gekommen und bei nur mehr leitem Luftzug aus Ost fand man den Dienstagnachmittag schon geradezu wieder lenkhaft milde. Auf jeden Fall ist der Temperaturkontrast zum Vorjahre sprunghaft; registrierte man doch in diesen sich jetzt fahrenden Februartagen in den Morgenstunden meist zwischen minus 22 bis minus 28 Grad und untertags höchstens minus 14 Grad! Das Tagesmittel liegt also gegenwärtig um reichlich 15 Grad höher als im Vorjahre um diese Zeit. Auch fehlt der Schnee und jegliches Winterwetter in der Ebene, ein Umstand, der heuer eine Wiederholung größerer Kälte fast ausschließen dürfte. Trotzdem werden sich einmischen die Nachfröste noch bemerkbar machen und die Hoffnungen auf den Schlittschuhlauf brauchen vorläufig keineswegs aufgegeben zu werden.

Das Kältezentrum hat sich übrigens seit Wochenbeginn aus dem hohen Norden und Osten Europas auf das Hochgebirgsgebiet von Rußland verschoben: die baltischen Stationen in 400 bis 700 Meter melden Fröste von minus 20, vereinzelt bis zu minus 28 Grad. Aber auch diese Kälte dürfte rasch eine Milderung erfahren, nachdem sowohl in Schweden und Rußland, als auch in Nord- und Ostdeutschland bei einer gelinderen, etwas feuchteren Nordwest-Windströmung eine merkliche Erwärmung eingetreten ist, ohne daß es jedoch schon zu Tauwetter gekommen ist; vielmehr hält sich die Schneedecke auf breite Landstrecken hin, wodurch immer wieder die Möglichkeit neuer Kältebildung gegeben ist.

Im Hochschwarzwald ist es wärmer geworden. Hornisgrünbe und Feldberg berichten vom Dienstag nach nachlässigem Ötwinde eine um 10 Grad höhere Temperatur als am Vortage. Wundervolle Alpenluft und ruhigere Luft bei kaum empfindbarem Froste lassen erst jetzt den Schluß auf dem hohen Schwarzwald ideal erscheinen. Die Schneehöhen mit 20 Zentimeter in Mittellagen und 50—75 Zentimeter in den hohen Regionen haben sich kaum verändert.

(2) **Deutsche Luftfahrt-Werkschau 1936.** — Dem Deutschen Luftfahrtverband e. V. in Berlin wurde die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden in Verbindung mit den im Rahmen der „Deutschen Luftfahrt-Werkschau“ geplanten luftsportlichen Veranstaltungen am 25. Mai 1936 öffentliche Geldsammlungen zur Förderung des Flugports zu veranstalten.

Wo bleibt die Autohöhenstrasse Karlsruhe — Baden-Baden?

Kleinliche Rivalität vonseiten der Reichsbahn und Altbahn verhindert den Ausbau

Seit einigen Jahren arbeiten Verkehrsvereine und Verbände Hand in Hand mit den interessierten Gemeinden an der Errichtung einer Hausverkehrslinie über die Schwarzwaldhöhen und zwar in durchgehendem Zuge von Karlsruhe über Ettlingen, Freilshausen, Weisbach, Guggenau, Baden-Baden. Im Sommer 1928 konnte die Teilstrecke Baden-Baden-Guggenau nach größeren staatsrechtlichen Veränderungen und Verbesserungen dem Durchgangsverkehr übergeben werden. Die landschaftlichen Schönheiten, die dieser Verkehrsform vom Murgal zum weltberühmten Posttal dem Autouristen erschlöß, haben durch ihre Anziehungskraft zur Förderung des Fremdenverkehrs erheblich beigetragen. Die Fremdenverkehrsvereine der an dieser modernisierten Teilstrecke liegenden Gemeinden können daher von Jahr zu Jahr zu einer höheren Besuchsziffer aufwarten: ein Beweis, wie bedeutsam sich der Ausbau der Verkehrswege im Schwarzwald bei unserer Hotel- und Fremdenindustrie auswirken wird.

Die gesteigerte Frequenz des Durchgangsverkehrs dieser Teilstrecke der geplanten Autohöhenstrasse Karlsruhe-Baden-Baden veranlaßte die zuständigen Organisationen, unverzüglich an die Weiterführung des Projekts zu gehen. Die langwierigen Beratungen und Verhandlungen zwischen den verschiedenen Behörden und den daran interessierten Kreisen führten zu dem weiteren Teilerfolg, daß noch im Dezember 1929 eine Postkraftwagenlinie zwischen Ettlingen und Weisbach über Speisart-Schöllbrunn eröffnet wurde. Dieser Autobusverkehr dient hauptsächlich dem Berufsverkehr für die in diesen Gemeinden hauptsächlich Arbeiterkraft, die ihren Vortrwerb im industriereichen Albtal finden. Für die Städte Karlsruhe und Ettlingen ist die neue Autolinie von großer Bedeutung, da ihnen durch diese Verbindung ein vom Hauptverkehr (Altbahn und Reichsbahn) abseits liegendes Gebiet näher gebracht wurde.

Die durchgehende Autohöhenstrasse Karlsruhe-Baden-Baden soll aber, abgesehen von der Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses, im Verkehr zwischen den einzelnen Anliegern den durchlaufenden Autoverkehr über den Schwarzwald ermöglichen. Das starke Anwachsen des Kraftwagenverkehrs, insbesondere die Automobilen durch alte Städte, verträumte Dörfer, stille Täler und Wälder hinauf zur sonnigen Höhe der Berge verlangen gesteigert die Einführung durchgehender Höhenstraßen, wie eine solche bei dem oben bezeichneten Projekt vorgesehen ist. Karlsruhe, der Eisenbahnknotenpunkt im internationalen Ost-West- und Nord-Südverkehr ist zu einer westlichen Ausgangsstelle für eine Autohöhenstrasse über den Schwarzwald geradezu prädestiniert. Vorzuziehen mit seinem vorzüglich ausgebauten Kraftwagennetz bildet hierzu den südlichen Gegenpol. Zahlreiche Automobilisten, die in der Reisezeit das Badener Land besuchen, können durch diese Linien von ihren Reiseorten aus der Höhe des Rheinlands um, nach und auf interessanten Wegen ins Herz des schönen Schwarzwaldes gelangen. Welche Vorteile sich dadurch auch der badischen

Hotel- und Fremdenindustrie bieten, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Die großzügige Verkehrspropaganda im In- und Auslande für unser mit Naturschönheiten gesegnetes Land legt naturgemäß die Schaffung neuerer Reisemöglichkeiten voraus. Dazu gehören eben einmal das Automobil und Automobilstraßen. Das heimatspolitisch und heimatsgeschichtlich bedeutungsvolle Ereignis des Jahres 1930, der „Badener Heimattag Karlsruhe 1930“ wird eine besonders starke Anziehungskraft auf den Fremdenverkehr ausüben. Die Gäste sollen betrieblieh im Anschluß an die Karlsruher Tage Gelegenheit bekommen, mit den Wagen der Reichsbahn ausgebreitete Reisen in und über den Schwarzwald zu machen, zu unser und ihr Heimatland nach langer Zeit wieder schauen zu können. Wie gut würde sich hier die vollendete Höhenstrasse Karlsruhe-Baden-Baden auswirken! Es ist deshalb unerlässlich, daß die Kosten des Ausbaues für circa 6 Kilometer unzulänglich Straßenstrecken zwischen Weisbach und Michelbach das Projekt zum Scheitern bringen sollen. Jedenfalls ist der derzeitige Zustand, wonach nur die beiden erwähnten Teilstrecken betrieben, die übrigen Strecken aber vorerst liegen bleiben sollen, unhaltbar.

Wie wir hören, liegt die Schuld an diesen Dingen auch bei der Reichsbahn und der Altbahn, die gegen das durchgehende Projekt Einsprüche erhoben haben, weil sie Abänderungen von ihren Vorkursen befürchten. Dem dürfte aber wohl nicht so sein. Die Reichsbahn hat mit den in Betracht kommenden Verkehrsgebieten zwischen Karlsruhe bzw. Ettlingen und Murgal nichts zu tun, sie berührt sie in weitem Umkreise nicht, und auch der „Weg“ dürfte durch die Höhenlinie keinerlei Verkehrsabtrag entstehen. Jetzt fahren die Bewohner der auf der Höhe liegenden Ortschaften überhaupt mit keiner Bahn und die Gäste, die die Linie etwa im durchgehenden Touristenverkehr benützen, sind solche, die selber die in Betracht kommenden Gebiete überhaupt nicht besucht haben, also neu zu erschließen. Im Zeitalter des Verkehrs und des Verkehrsfortschrittes mutet es überaus kleinlich an, neue Verkehrsstraßen, wie die hier in Betracht kommenden durch eine Teilstreckenpolitik unmöglich machen zu wollen.

Es ist doch immer so, daß Verkehrsverhältnisse neuen Verkehrs bringen, daß sich das bestehende vermehrt und nicht vermindert und daß auch die Verkehrsmittel davon profitieren, die Zubringer zu solchen neuen Verkehrswegen sind. Dies trifft insbesondere auf die Reichsbahn und die Altbahn zu.

Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Autohöhenstrasse Karlsruhe-Baden-Baden in Höhe ihrer Vollenendung entgegengeht und die Einsprüche der Reichsbahn und der Altbahn abgemieft werden. Jedenfalls könnte es nicht verstanden werden, wenn ein solches weittragendes und bedeutungsvolles Projekt wie die Schwarzwaldhöhenverkehrsstrasse Karlsruhe-Baden-Baden mit einer Teilstreckenpolitik, insbesondere der Altbahn, verpöppelt würde. Der Eisenbahngesetz des Kraftwagens läßt sich auch durch Einsprüche und ähnliche Hemmungen nicht aufhalten.

Gefängnisstrafe wegen Nichtabführung von Kranken- u. Arbeitslosenversicherungsbeiträgen

Ein hiesiger Bauunternehmer D. und jetziger Wirt, hat der Allgem. Krankenkasse widerrechtlich, die seinen Arbeitnehmern abgezogenen Beitragsanteile zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung vorenthalten und nicht abgeführt. Da im Zwangsbeitragsverfahren ebenfalls nichts zu erreichen war, weil der Schuldner seine Grundstücke und sonstigen Besitztüder an einen Dritten übereignet hatte, erfolgte Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gemäß § 583 der AVO.

Der § 583 der AVO. hat folgenden Wortlaut: „Arbeitgeber werden mit Gefängnis bestraft, wenn sie Beitragsanteile, die sie den Beschäftigten einbehalten oder von ihnen erhalten haben, der berechtigten Kasse vorsätzlich vorenthalten. Daneben kann auf Geldstrafe und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Auf Grund der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde D. durch amtsgerichtliches Urteil vom 27. Januar 1930 zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt.

Von der Presse. Herr Direktor Wilhelm Johner, seit 1920 Vorstandmitglied der Badenia in Karlsruhe A.-G. für Verlag und Druckerei, ist in diesem Amt ausgeschieden. Er wird persönlich die Leitung der Firma Menantia Verlag und Druckerei G. m. b. H. in Bonn übernehmen.

Arbeitsgemeinschaft der landmannschaftlichen Vereine. Die verschiedenen landmannschaftlichen Vereine in der Landeshauptstadt Karlsruhe haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft wurde gegründet zur gegenseitigen Unterstützung und Rücksichtnahme bei kleineren und größeren Veranstaltungen und Ermöglichung eines geschlossenen Auftretens bei besonderen, die Allgemeinheit interessierenden Anlässen. Der Arbeitsgemeinschaft gehören folgende Vereine an: 1. Badischer Schwarzwaldbund, 2. Bund der Auslandsdeutschen, 3. Verein für das Deutschtum im Ausland (Frauengruppe), 4. Verein für das Deutschtum im Ausland (Männergruppe), 5. Oberrheinischer Bauernverein, 6. Bauernverein „Wald-Blau“, 7. Koloniale Arbeitsgemeinschaft, 8. Deutsch-Oberreutherischer Volksbund, 9. Saarverein, 10. Pfälzer Waldverein, 11. Verein Heimatfreier Ost- und Westpreußen, 12. Schieferverein, 13. Verein der Württemberger, 14. Verein der Rheinpfälzer, 15. Südbund der Elbsch-Rohringer im Reich. Die Geschäfte der Arbeitsgemeinschaft führt der jeweilige Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 31, zur Zeit Herr Direktor Göppert.

Das Badische Landestheater ist eingeladen worden, mit der „Dreigroschenoper“ im Stadttheater Freiburg zu gastieren. Auch Gastspiele in andern Städten sind in Aussicht.

(-) Münzprägung im Januar. Im Monat Januar 1930 sind in den deutschen Münzhütten an Silbermünzen 756 Millionen RM. Guldensmünzen, an Aluminiumbronzemünzen 616 Millionen RM. Zehnpennigstücke und an Kupfermünzen 90 500 RM. Einpennigstücke neu geprägt worden. Es ergibt sich für Ende Januar 1930 folgender Umlauf: Guldensmünzen für 298 Millionen RM., Dreimarkstücke für 166 Millionen, Zweimarkstücke für 199 Millionen, Einmarkstücke für 207 Millionen, Guldenspennigstücke (Nidel) für 65 Millionen, Guldenspennigstücke (Aluminiumbronze) 74 Millionen, Zehnpennigstücke 61,9 Millionen, Fünfspennigstücke 27,6 Millionen, Zweispennigstücke 4,9 Millionen und Einpennigstücke 4,1 Millionen RM.

Verlängerung der Amtsdauer der Arbeitsrichter. Das Arbeitsgerichtsgesetz sieht für die Laienrichter, welche von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestellt werden, dreijährige Amtsdauer vor. Nach dem Gesetz wurde diese Amtsperiode am 1. 6. 1930 ablaufen. Da aber der Ablaufstermin in die Mitte eines laufenden Geschäftsjahres fällt, ist wiederholt der Wunsch geäußert worden, die Amtsperiode der jetzt amtierenden Arbeitsrichter um ein halbes Jahr zu verlängern, um Amtsperiode und Geschäftsjahr des Arbeitsgerichts einander anzugleichen. Wie nunmehr bekannt, wird nach Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsjustizministerium demnächst eine Verordnung herausgegeben, die eine Verlängerung der Amtsperiode bis zum 31. Dezember 1930 für die jetzt amtierenden Arbeitsrichter bringt. Für die Zukunft würde dann die im Gesetz vorgesehene Amtsdauer von drei Jahren auch weiterhin bestehen und Amtsdauer der Arbeitsrichter mit dem Geschäftsjahr des Arbeitsgerichts übereinstimmen.

Neuer amerikanischer Konsul. Der neuernannte amerikanische Konsul in Stuttgart, Leon Dominian, ist als Armenier in Konstantinopel im Jahr 1880 geboren. Erst 1913 ist er amerikanischer Staatsbürger geworden. Die vergangenen 9 Jahre hat er als amerikanischer Konsul in Rom verbracht. Er ist jetzt, bei seiner Versetzung nach Stuttgart, zum Generalkonsul befördert worden. Generalkonsul Dominian erfreut sich des Rufes eines hervorragenden Gelehrten. Als Geologe und Geograph hat er hervorragendes geleistet. Im Februar 1919 wurde er nach Paris berufen, um beratend bei den Friedensverhandlungen mitzuwirken. Konsul Wagnard, dessen Nachfolger Generalkonsul Dominian nun antreten wird, ist zum amerikanischen Generalkonsul in Singapur befördert worden.

Großes humoristisches Konzert in der Festhalle

Am Sonntag, den 16. d. M., von 15½—18 Uhr, findet im großen Festhallaal ein großes Karnevals-konzert der Badischen Polizeikapelle unter der Leitung des Herrn Obermusikmeisters J. Heißig statt. Nachdem seit einiger Zeit an den Nachmittagen die Festhalle durch Vereinsveranstaltungen mit Beschlag belegt war, mußte in der Veranstaltung der üblichen Nachmittagskonzerte leider eine Unterbrechung eintreten, weshalb es die Freunde gediegenen Humors mit Freunden begrüßen werden, daß ihnen am kommenden Sonntag im Rahmen des Festjahres eine Unterhaltung geboten wird, die in künstlerischer Hinsicht nichts vermissen läßt. Herr Obermusikmeister Heißig leitet den ersten Teil des erstklassigen Konzertprogramms, der mit dem Marsch „Marbala-Marsch“ eingeleitet wird. Ein allgemein zu singendes Lied folgt für jene Stimmung unter dem erschienenen Publikum, die für ein derartiges humoristisches Konzert unbedingte Voraussetzung ist.

Besondere Anziehungskraft werden die „Variationen über ein venezianisches Thema“ ausüben, ausgeführt von der U. S. U. G. m. b. H. (Urkomische Solisten-Gesellschaft mit beschränktem Honorar). Der zweite Teil des Programms bildet dann den Höhepunkt dieses Nachmittags. Dies beweist auch schon das Auftreten des berühmten Dr. Stachzius, der für diesen Teil des Programms als Gastdirigent gewonnen wurde (auf das Honorar wurde absolut keine Rücksicht genommen). Dies in allen Weltteilen mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte eigene Komposition des Herrn Dr. Stachzius, „Blitzlichter-Operette“, wird auch beim Karlsruher Konzertpublikum einen durchschlagenden Erfolg erzielen. Hervorragende Solisten werden außerdem diesen Nachmittag besonders interessant gestalten, so insbesondere das Auftreten des „Sepp“ und der „Mirzi“ in einem oberbayerischen Duett, ferner Charly Chaplin „in der Kumpfkammer“, Mr. Add Song aus Irland, der größte Soprofonist der Welt, und als Clou des Ganzen „Baverini“, das musikalische Unikum, das in der Beherrschung aller möglichen und unmöglichen Musikinstrumente wohl seinesgleichen zu suchen hat.

Da die humoristischen Veranstaltungen der Badischen Polizeikapelle stets ausverkauft waren, empfehlen wir dem Publikum, sich möglichst im Vorverkauf bei Herrn Stadtartenkassier Bronner, nördlicher Stadtgartenweg, mit Karten zu versehen. Unlösbarer längerer Aufenthalt an der Tagestafel wird dadurch vermieden. Man beachte auch die Plakate und Anzeigen.

Veranstaltungen

© Förderung der Innenkolonisation. Der Verein zur Förderung der Innenkolonisation (Eis Karlsruhe) hält am Mittwoch, den 12. Februar, nachm. 8 Uhr, im „Krokolob“ seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen neben Erlebung der Regularien Lichtbilderbeiträge über Siedlungsmöglichkeiten in Deutschland und in der Steiermark.

„Er ist verbraucht“ — wie häufig hört man dieses Urteil gerade heute. Verbrauch — das heißt, daß die Arbeitskraft eines Menschen unumkehrbar erschöpft ist, so daß er im Existenzkampf nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Dieses Urteil ist fast immer das Schicksal des Betroffenen. Der „verbrauchte“ Angehörige findet bei dem Lebensangebot an jungen, leistungsfähigen Kräften keine Stelle mehr, der „verbrauchte“ Beamte verliert frühzeitig Pensionierung, der „verbrauchte“ selbständige Geschäftsmann vermag sich im Wettbewerb nicht mehr zu behaupten. Zum durchgreifenden Erfolg gibt es aber nur einen Weg: den vorzeitigen Verbrauch zu verhindern. Daß dies möglich ist, haben die wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahre bewiesen. Die Verhütung des vorzeitigen Aufbrauchs muß vielmehr an den Ursachen ansetzen und diese beseitigen. Wer gesund und leistungsfähig bleiben will, dem stehen auch die Wege offen, um die zur Erhaltung und Pflege der Lebenskraft notwendigen Kenntnisse in bester Form zu vermitteln, hat der hiesige Verein für naturgemäße Lebens- und Heimweise den bekannten Arzt Dr. Malten, Baden-Baden, zu einem Vortrag über dieses zeitgemäße Thema gewonnen. Dr. Malten ist nicht nur ein ausgezeichneter Mediziner, sondern auch ein Kenner der Aufbruchstendenzen, auch ein hervorragender Sachmann. Wer sich vor dem Schicksal des Verbrauchstums wirksam schützen will, muß diesen wichtigen Vortrag hören. Eine große Anzahl vorzüglicher Lichtbilder wird die Ausführungen des Redners unterstützen. Jeder sollte sich diesen Abend für den Vortrag frei halten, im Interesse seines Körperlichen und geistigen Wohlbefindens, seiner Gesundheit und Arbeitskraft (Näheres siehe Anzeige).

Kompositionabend Ruth Portia. Wie schon berichtet, wird Frä. Portia in ihrem vom Württembergischen Konfessionarverein veranstalteten Kompositionabend am Mittwoch im Jahreszeitenaal eine Reihe von Liedern mit Klavier- sowie solche mit Hornbegleitung auf Texte verschiedener Autoren zur Aufführung bringen. Es kommt dagegen zum Abschluß ein Zyklus von Anderlethen nach Gedichten von Friedrich Schiller zu Gehör, die bereits in der Aufführung in Frankfurt a. M. vor einem Jahr einen beachtenswerten Erfolg sowohl beim Publikum wie in der dortigen Presse errangen. Es wird darum von besonderem Interesse sein, daß dieser Zyklus auch hier zur Diskussion steht. (Beginn 8 Uhr).

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Sterbefälle und Beerdigungszeit. 10. Febr. Gerhard Stefan Lutz, Vater Wilhelm Lutz, Bankbeamter, 1. Jahr, 12. Febr., 12 Uhr. — Hermine Wad, Ehefrau von Friedrich Wad, Bäcker, 44 Jahre, 12. Febr., 12.30 Uhr. — Josef Widert, Oberlehrer a. D., Gemann, 68 Jahre, 12. Febr., 15.30 Uhr. 11. Febr. Berta Penzel, Ehefrau von Adolf Penzel, Steuersekretär, 55 Jahre, 13. Febr., 14 Uhr. — Euphemia Kern, Ehefrau von Heinrich Kern, Werkhelfer, 31 Jahre, 13. Febr., 14.30 Uhr. — Johann Schneider, Gemann, Zementeur, 61 Jahre, Neuburgweier.

Spiel und Sport

Sportfreunde Forchheim — B. F. B. Baden-Baden 3:1.

So leicht, wie man gedacht hatte, wurde den Sportfreunden der Sieg über die Baden-Badener Gäste nicht. Diese erwiesen sich vielmehr über die ganze Dauer des Spieles als ziemlich ebenbürtiger Gegner, dem die Forchheimer nur das eine voraus hatten, daß sie ihre Torchancen besser auszunutzen verstanden. Dafür waren die Gäste um so eifriger bei der Sache. Schiedsrichter war Herr Hoffmann-Forchheim, dessen Spielleitung annehmbar war. Spielverlauf: Nachdem Hüben und Drüben die ersten Torchüsse resultatlos verpufft waren, entwickelte sich ein verteiltes Spiel, das die Hintermannschaften hart beschäftigte, dieselben jedoch ihrer Aufgabe gewachsen sah. In der 17. Minute machte ein Forchheimer Verteidiger Hände und der gegebene Elfmeter brachte den Gästen die Führung. Ein 16-Meter-Strafschuß für Forchheim sollte den Ausgleich bringen, aber knapp ging der Ball daneben. In der 22. Minute erzielt Forchheims Linksaußen auf schöne Plank vom Rechtsaußen den Ausgleich. Nach der Pause spielt Forchheim mit Gegenwind. Der einheimische Linksaußen unternimmt einen Angriff, flankt den Ball zur Mitte und der Mittelstürmer war es, der in der 15. Minute durch ein schönes Tor einen Vorsprung für Forchheim herausschloß. Die Gäste drängen nun gewaltig und rüsten sich zum Generalangriff, doch die Hintermannschaft der Sportfreunde ist trotz einiger nunmehr auftretenden Schwächen durchaus in der Lage, den Ansturm der Gäste abzuwehren. 2 Minuten vor Schluß kommt Forchheims Halbkürer vor das Tor und der Torwart ist wiederum und zwar zum dritten Male gefolgt.

Badisches Landestheater. Das als 4. Vorstellung der Abteilung I der Sondermiete „Reittheater“ am Donnerstag, den 13. Februar, zum erstenmal in Szene gehende Schauspiel „Karl und Anna“ von Leonhard Frank wird in den Hauptrollen von den Damen Biselotte Schneider (Anna), und Rademacher und den Herren Stefan Dahlen (Karl), und Hiert dargestellt. Die Regie führt Ulrich von der Trend.

Schneebichte.

Feldberg-Rothraun: — 6, 95—100 Ztm., Pulver, Schnee, Ekt und Nabel gut.
Hintergarten: — 12, 35 Ztm., Pulver, sehr gut.
Titisee: — 14, 20 Ztm., Pulver, sehr gut.
Neustadt: — 15, 20 Ztm., Pulver, sehr gut.
Söckenschwand: — 6, 65—70 Ztm., Pulver, sehr gut.
St. Blasien: — 12, 25 Ztm., verharzt, sehr gut.
Königsfeld: — 12, 4 Ztm., davon 1—2 Ztm. Neuschnee, Lädenhaft.
St. Georgen: — 12, 10 Ztm., Ekt. gut.
Rutwangen: — 15, 25 Ztm., Ekt. und Nabel gut.
Schönwald: — 8, 40 Ztm., Pulver, sehr gut.
Triberg: — 10, 15 Ztm., Pulver, stellenweise.
Ruhstein: — 7, 35 Ztm., Pulver, Ekt. gut, Nabel mäßig.
Unterharm: — 7, 30 Ztm., verharzt, Ekt. und Nabel gut.
Sand: — 5, 15 Ztm., Pulver, gut.
Dorenweis: — 8, 15 Ztm., verharzt, gut.
Gundels: — 7, 25 Ztm., verharzt, gut.
Bühlerhöhe-Rättig: — 5, 2 Ztm., verharzt, gut.
Kaltenbrunn: — 11, 30 Ztm., Pulver, sehr gut.
Dobel: — 5, 8 Ztm., verharzt, Ekt. und Nabel mäßig.

Tages-Anzeiger

für Mittwoch, den 12. Februar 1930

Bad. Landestheater: 19½ Uhr „Das Glöcklein des Eremiten“.
Gosofeum: 20 Uhr „Das Rädel von Brodman“.
Badische Lichtspiele Konserthaus: 20½ Uhr „Rosen blühen auf dem Heidegabb“.
Sier Jahreszeiten: 20 Uhr „Kompositionen-Abend Ruth Portia“.
Bad. Kunstverein Waldstraße 3: Ausstellung, geöffnet 11—13 und 14—16 Uhr.

Verlagsgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B. Hauptgeschäftsführer: Dr. F. Th. Neuer. Verantwortlich für Nachrichten, Politik und Handel: Dr. Fritz Müller-Meiß; für Kulturelles und Feuilleton: Dr. O. A. Berger; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Richardt; für Anzeigen und Reklamen: Philipp Heberle, sämtl. in Karlsruhe, Steinstr. 17. Rotationsdruck der Badenia A.-G.

Berliner Redaktion: Dr. G. Schäfer, Berlin-Nichterfelde-Öst, Parallelnstr. Nr. 4.

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute morgen 18 Uhr, wohl vorbereitet durch die hl. Sterbesakramente, meine treubesorgte Gattin, unsere herzlichgeliebte Mutter, Schwester und Tante

Berta Hensel

im Alter von 56 Jahren.
Karlsruhe, 11. Febr. 1930.
Trauerhaus: Hohenzollernstraße 8.

In tiefer Trauer:
Adolf Hensel und Tochter Eugenie,
z. Zt. im Krankenhaus in Villingen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Danksagung statt Karten.

Anlässlich des unerwartet frühen Hinscheidens und des Leichenbegängnisses unserer lieben Tochter u. Schwester

Gertrud

wurden uns so viele Beweise herzlicher und wohlwollender Teilnahme, daß es uns unmöglich ist, jedem einzelnen persönlich Dank zu sagen.
Die überaus zahlreiche Beteiligung beim Begräbnis, besonders aber auch von Seiten der Direktion, den Lehrern und Schülern der Stadt. Handelsschule, sowie ihres verehrten Chefs und des Personals der Merkur-Drogerie und deren liebe und tröstliche Worte am Grabe wurde von uns besonders dankbar empfunden. Aber auch allen lieben Freunden und Bekannten, welche durch Krasspenden und Teilnahme am Begräbnis unsere liebe Verstorbene geehrt haben, sei herzlich gedankt.

Familie Prestenbach.

Karlsruhe, den 11. Februar 1930.
Daxlandstraße 4.

Der grosse Schlager!



Mercedes-Benz Typ Stuttgart 200 (Zweiliter)
Innensteuerlimousine RM. 5980.— ab Werk



Besuchen Sie unsere Sonderschau von Mittwoch, den 12. Februar bis Donnerstag, den 29. Februar einschl. in unserem Ausstellungslokal Kaiserallee 5 (am Mühlburger Tor)

Automobilgesellschaft Schoemperlen & Gast, Karlsruhe Tel. 540 u. 541

Clonddampfer „München“ im New Yorker Hafen gesunken

Durch Brand und Explosionen vernichtet — Die Passagiere sämtliche in Sicherheit

New York, 11. Febr. An Bord des Clonddampfers „München“ brach kurz nach dem Anlegen an seinem Pier ein Brand aus. Es folgten mehrere Explosionen, die den Dampfer erschütterten und die mit den Löscharbeiten beschäftigten Feuerwehreinheiten zu Boden warfen. Kurz darauf ist der Dampfer an seinem Pier gesunken.

Das Feuer auf dem Clonddampfer „München“ brach im Laderaum 5 und 6, vermutlich in einem Stapel Scheffelaus, das einen Teil der Ladung bildete. 23 Fahrgäste der „München“, die etwa um 9 Uhr vormittags an der Landungsbrücke am Hudsonfluß eingetroffen waren, hatten das Schiff bereits vor Eintritt der Explosion verlassen. Zahlreiche Fahrgäste weilten wegen der Löscharbeiten noch an der Landungsstelle. Sie mußten sie schleunigst verlassen, da die Flammen nach den Explosionen sich mit erschreckender Schnelligkeit ausbreiteten. Auch die Schiffsmannschaft begab sich unverzüglich an Land. Als die Feuerwehre in Tätigkeit trat und die Spritzen ihre Wasserstrahlen in die Laderäume der „München“ zu spritzen begannen, erfolgten vier Explosionen, die das ganze Schiff und die Landungsbrücke erschütterten und die Umgegend in schwarze Rauchwolken hüllten. Die gesamte verfügbare Feuerwehre wurde alarmiert. Die Stenardeß Josephine Gehele wurde durch die vierte Explosion zu Boden geschleudert. Sie erlitt leichte Verletzungen.

Auf Anfrage bestätigt der Norddeutsche Lloyd, daß sämtliche Passagiere der „München“ das Schiff bereits verlassen hatten, als das Unglück geschah.

Der im New Yorker Hafen nach einem Brande gesunkene Clonddampfer „München“ ist eines der neueren Schiffe des Norddeutschen Lloyd. Die „München“ ist erst vor ungefähr 6 Jahren als Schweißerschiff der „Stuttgart“ in Dienst gestellt worden. Sie gehört zur sogenannten Städteklasse, ist 13 500 Tonnen groß und führt Passagiere der Kajüten-, Touristen- und der dritten Klasse.

Zu dem Untergang der „München“ werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Der Clonddampfer „München“ legte um 9.10 Uhr an der Landungsbrücke an, das Feuer wurde kurz nach 11 Uhr gemeldet. Der Schleppdampfer „Newton“ der Cadawanna-Eisenbahn, der sich neben die „München“ legte, als das Feuer

entdeckt wurde, wurde durch die erste Explosion stark beschädigt. Ein Teil seines Decks wurde fortgerissen. Trotz der Beschädigungen setzte die Mannschaft des Schleppers ihre Löscharbeiten mit einem Feuerlöschapparat weiter fort. Durch die erste Explosion wurde ein Mann der „München“ über Bord geschleudert. Er konnte von einem benachbarten Schlepper gerettet werden. Durch die Explosionen wurde auf der „München“ großer Schaden angerichtet. Die gesamte Achterreling wurde weggerissen und alle Fenster zertrümmert. Das Deck war von Trümmern bedeckt. Als der fünfte Generalalarm ausgesandt wurde, stand das gesamte Hinterschiff der „München“ in Flammen und die Feuerwehreleute, die das Schiff sämtlich verlassen hatten, bekämpften den Brand nunmehr von der Landungsbrücke aus. Der Dampfer legte sich, bevor er unterging, stark auf die Steuerbordseite, während die Flammen über das Oberdeck des sinkenden Schiffes segelten. Mehrere Mann der Besatzung verletzten sich vor dem Untergang des Dampfers an Bord zurückzuführen, um ihre Gabeligkeiten zu retten, wurden jedoch davon gehindert.

Bei dem Brand des Clonddampfers „München“ wurde außer der Stenardeß Josephine Gehele der 19jährige Seemann Karl Sieveke aus Bremerhaven verletzt. Sieveke war durch den Rauch betäubt worden, als er mit anderen Mitgliedern der Besatzung vor Ankunft der Feuerwehre den Brand zu löschen versuchte. Weiter erlitt eine Verletzung ein Feuerwehrehauptmann, der mit dem ersten Löschaug eintrat und durch die erste Explosion zu Boden geschleudert wurde, wobei er sich die Schulter verrenkte. Der Leutnant eines Feuerlöschbootes zog sich durch Glas splitter Schnittwunden zu. Drei weitere Feuerwehreleute wurden erheblicher verletzt. Sie wurden bei der ersten Explosion ins Wasser geschleudert. Im ganzen wurden fünf Verletzte ins Krankenhaus verbracht. An den Löscharbeiten beteiligten sich auch mehrere Feuerlöschboote. Durch die Explosionen wurden die Schiffsplatten auseinandergerissen. An der Steuerbordseite und im Schiffsboden flochten große Löcher. Die Polizeibehörden haben die Einstellung des gesamten Untergrundbahnverkehrs durch den von der oberen Stadt nach Verlen-Gly führenden Tunn Subson-Tunnel angeordnet, da die gesunkene „München“ direkt über dem Tunnel liegt und weitere Explosionen befürchtet werden. Der Pier, an dem „München“ anlegte, liegt im unteren Teil des Stadtteils Manhattan.

Fleischlose Tage im Sowjetparadies

Moskau, 10. Febr. Der Rat der Volkskommissare hat die Einführung von elf fleischlosen Tagen im Monat für das Gesamtgebiet der Sowjetunion beschlossen, da Rußland nicht mehr genügend Schlachtvieh besitzt. Fleisch wird in Zukunft nur mehr auf Fleischarten abgegeben.

Man stelle sich vor, was es bedeutet, wenn ein zu 90 Prozent agrarisches Land zu solchen Maßnahmen greifen muß. Durchführbar hat noch kein Volk der Erde derartig verbrecherische Wirtschaftsexperimente wagen müssen. Die Diktatur des roten Sabels verhindert es allerdings, daß die kommunistischen Scharlatane mit Schimpf und Schande zum Teufel gejagt werden. Inzwischen wird lustig weiter sozialisiert, bis die herrschende Clique den letzten Schwert vertan hat.

Zum Freispruch im Tschernozem-fälscherprozess

Kommentare der Sowjetpresse.

Moskau, 10. Febr. Der Freispruch der Tschernozem-fälscher in Berlin hat in der gesamten Sowjetpresse größte Entrüstung hervorgerufen. Die heutigen Morgenzeitungen richten heftige Angriffe gegen Deutschland und erklären einstimmig, daß das Urteil, das unmittelbar nach dem Freispruch im Pariser Hälscherprozess erlos, den Beweis dafür erbringe, daß im Ausland jedes Verbrechen erlaubt sei, sobald es gegen Sowjetrußland ausgeübt werde. Die „Iswestija“ weist mit Nachdruck darauf hin, daß das Urteil als ein politischer Akt anzusehen sei. Das deutsche Gericht habe durch seinen Freispruch einen neuen Beweis dafür geliefert, daß Deutschland in das Lager der Feinde Rußlands überging. Dies ist die politische Schlussfolgerung, die wir aus diesem Urteil ziehen müssen“, schließt das Blatt.

In wohlinformierten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Freisprechung der Tschernozem-fälscher zweifellos nicht zu unterschätzenden politischen Folgen haben werde und u. a. eine Revision des Vertrages von Rapallo durch beide Parteien beschleunigen werde.

Die Suche nach dem verschwundenen General

Berlin, 11. Febr. Zwei Pariser Kriminalkommissare, die sich im Zusammenhang mit dem rätselhaften Verschwinden des früheren russischen Generals Kutepoff in Berlin befinden, haben heute gemeinsam mit dem Berliner Kriminalkommissar Dr. Prashnik eine Reihe von russischen Emigranten vernommen. Es handelt sich vor allem um Leute, die in Berlin in der von Kutepoff geführten antijewetistischen Liga der russischen Emigranten tätig sind. Seltenerweise sind einige wichtige Persönlichkeiten, mit denen Kutepoff bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Berlin verhandelt hat, nicht mehr aufzufinden. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei diesen plötzlich verschwundenen um sowjetistische Spione handelt, die es verstanden haben, sich in die russischen Emigrantenkreise einzuschleichen. Nach den in Berlin vorgenommenen Verhandlungen besteht vorläufig kein Anhaltspunkt dafür, daß der verschwundene General, wie ursprünglich angenommen wurde, nach Deutschland verschleppt sein könnte.

Das kommt davon...

Den Nationalsozialisten ist die Rückversicherung gekündigt.

München, 10. Febr. Hitler erläßt, wie die „B. Z.“ berichtet, im „Völkischen Beobachter“ einen Aufruf, in dem er mitteilt, daß es der Nationalsozialistischen Partei unumgänglich ist, die Rückversicherung der Parteimitglieder neu unterzubringen. Die Nationalsozialisten seien allein auf ihre Köpfe angewiesen. Die Partei sei deshalb gezwungen, eine eigene Sicherheit zu schaffen und muß den Beitritt und die Beitragszahlungen zu ihrer S. A. Versicherung für alle Parteimitglieder, also auch die Nichtaktiven als Parteipflicht erklären.

Der italienisch-österreich. Freundschaftsvertrag

Wien, 11. Febr. Der Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Italien sieht vor, daß zukünftige Streitigkeiten der beiden Vertragsparteien, die nicht durch die gewöhnlichen diplomatischen Verfahren auf freundschaftliche Weise beseitigt werden können, einem Vergleichsverfahren zu unterwerfen sind. Scheitert dieses, so ist der Streit vor ein Schiedsgericht oder vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zu bringen. Die vertragsschließenden Teile werden eine aus fünf Mitgliedern bestehende Vergleichskommission bilden, von der je ein Mitglied nach freiem Belieben, die übrigen drei in gemeinsamem Einvernehmen bestellt werden. Die letzteren drei dürfen nicht Staatsangehörige einer der vertragsschließenden Teile sein. Lehnen die Beteiligten die Vorschläge der Vergleichskommission ab, so wird der Streit mittels eines Kompromisses einem besonderen Schiedsgericht unterbreitet. Kommt das Kompromiß innerhalb dreier Monate nicht zustande, so kann jeder Vertragspartei den Streitfall vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof bringen. Rechte und Pflichten, die den Vertragspartnern als Mitgliedern des Völkerbundes zukommen, werden in keiner Weise berührt. Aber jeder Streit zwischen den Vertragspartnern ist dem vorgezeichneten Vergleichsverfahren zu unterziehen, bevor er dem Völkerbundrat unterbreitet wird. Der Vertrag wird sobald wie möglich ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden in Rom ausgetauscht werden.

Ein Geschenk der italienischen

Regierung an den Papst

Rom, 11. Febr. Der italienische Botschafter beim Heiligen Stuhl überreichte dem Papst ein Geschenk das ihm die italienische Regierung zu seinem Priesterjubiläum darbringt. Das Geschenk besteht aus einem Chorrod aus Brüsseler Spitzen. Der Papst nahm das Geschenk mit den Worten entgegen, er werde das Chorrod morgen in der Sixtinischen Kapelle bei der Feier des Jahrestages seiner Krönung anlegen.

Verleihung des Annunziatenordens an Casparri

Rom, 11. Febr. Der König hat dem Kardinal Casparri den Annunziatenorden verliehen.

Zardieus Rückkehr nach London

Die rettende Verfassung.

Paris, 11. Febr. Die Nachricht, daß das fahrplanmäßige Flugzeug Paris-London, bei einer Notlandung auf englischem Boden durch Brand vernichtet worden ist hat hier bejammernswerten Eindruck aus dem Grunde gemacht, als Ministerpräsident Zardieu ursprünglich die Absicht hatte, dieses Flugzeug zur Rückkehr nach London zu benutzen. Nur der

Umstand, daß der gestrige Ministerrat sich länger hingen als ursprünglich angenommen worden war, hat dem „Echo de Paris“ zufolge, diese Absicht vereitelt. Ministerpräsident Zardieu hat dann den fahrplanmäßigen Zug benutzt.

Sie sitzen über ihre Lebere zu Gericht

Die Kölner Nationalsozialistische Hochschulguppe verboten.

Köln, 10. Febr. In einer Versammlung des nationalsozialistischen Studentenbundes, die am 7. Februar in der Kölner Universität stattfand, hatte der Hauptredner außerwöhnlich scharfe Angriffe gegen die politische Einstellung der Hochschulprominenten gerichtet. Im Verlauf der Versammlung kam es zwischen nationalsozialistischen und andersdenkenden Studenten zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei versucht wurde, die andersdenkenden Studenten aus dem Saal zu drängen. Der Rektor und der Senat der Universität haben nunmehr die Kölner Hochschulguppe des nationalsozialistischen Studentenbundes bis zum Abschluß der eingeleiteten Disziplinarverfahren vorläufig verboten.

Kardinal Faulhaber gegen die Christenverfolgung in Rußland

Kardinal Faulhaber hielt anlässlich der achten Wiederkehr des Krönungstages des Papstes Pius XI. in der Sankt Michaelskirche in München eine Predigt über den russischen Bolschewismus. Der Kardinal ging davon aus, daß die religiöse Unordnung und Unterdrückung in Rußland, der Kampf gegen Gott und jede Religion, die völlige Knechtung der Wissenschaftsfreiheit auch auf die abendländische Kultur zurückwirken. In den letzten Monaten habe die blutige Glaubensverfolgung in Rußland den Höhepunkt erreicht. Innerhalb eines Vierteljahres seien außer 200 Synagogen und 10000 christliche Kirchen geschlossen und für profane Zwecke freigegeben worden. In den Jahren 1918 und 1929 seien in Rußland Religionsgelehrte erschienen, welche die religiösen Freiheiten außer Kraft setzten und den planmäßigen Vernichtungsfeldzug gegen alle Religionen einleiteten. In der Predigt heißt es, nach einem Bericht der „DZ“, dann u. a. weiter: „Die religiös-sittliche Lage in Rußland bietet heute ein grauenhaftes Bild. Das Kinderelend schreit zum Himmel. Die heranwachsende Jugend ist ohne jede moralische Zucht. Ehe und Familie sind tiefer gesunken als bei einem afrikanischen Naturvolk. Die russische Frage ist für ganz Europa, für die ganze Welt eine Schicksalsfrage. Wenn aus England Stimmen gegen die bolschewistische Blutwirtschaft in Rußland ertönen, werden dann wir in Deutschland als Nachbarvölker schweigen dürfen? Oder ist uns durch die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Rußland der Mund geschlossen? Deutsches Volk, verkaufe deine Seele und deine Ehre nicht um eine russische Kupfergrube! Für religiösen Bekenntnisse ihr Parteien im Lande, ihr Völkerferenzen, tretet euch nicht um Dinge, die nicht so wichtig sind wie diese Frage! Die beiden größten unter den großen

Fragen der Gegenwart sind: Wie werden wir dem Geburtenrückgang des deutschen Volkes Einhalt tun, und: Wie werden wir den Bolschewismus fernhalten? Steden wir schon zu tief im Kulturbolschewismus? Die abendländische Kultur darf nicht untergehen in der bolschewistischen Unkultur!“

Zur Ermordung des Studenten Wessel

Berlin, 11. Febr. Bei dem Ermittlungs-Verfahren im Mordfall Wessel wurden dem Beschuldigten Schüler die Veröffentlichungen der „Roten Fahne“ vorgelesen, die u. a. behauptet hatte, Ali habe nie ein Mitglied der kommunistischen Partei gewesen. Daraufhin hat Ali seine Angaben wesentlich erweitert. Er sagte aus, daß er und seine Mitäter Erwin nach dem Ueberfall in die Wohnung Schmidts geschleudert seien. Dort hätten sie gemeinsam sämtliche Papiere und Parteimitgliedsbücher sowie die Personalakten der kommunistischen Sturmabteilung zerrissen und verbrannt. Nachher habe die Tochter Käthe Schmidt die weitere Flucht bewerkstelligt. Sie wurden in einem Auto von Sander und Will nach Gienede gebracht. Für diese Strecke war der Parteiangestellte und Funktionär der „Roten Fahne“, Oswald Meuß, beauftragt. Dieser konnte bisher noch nicht ergriffen werden. Man vermutet, daß er ins Ausland geflüchtet sei und sich in Prag aufhalte. Der kommunistische Funktionär Hermann Schmidt, seine Ehefrau Luise und seine Tochter Käthe sind verhaftet und gefesselt. Der Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidenten hat wegen Fluchtverdachts und Verdunklungsgefahr gegen Wilhelm Sander und Theodor Will sowie gegen Viktor Drewmegg Haftbefehle erlassen.

